# Die bayrische Politik
## in den Jahren 1640—1645.

1. und 2. Kapitel:

Die bayrisch-französische Konferenz in Einsiedeln

und

Die bayrische Politik während des Kurfürstentages von Nürnberg.

---

Inaugural-Dissertation

der

philosophischen Fakultät Sektion I der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Vorgelegt von

**Rudolf Rast**

Gymnasialassistent

am 10. Juli 1902.

---

Ansbach.
Druck von C. Brügel & Sohn.
1902.

# Die bayrische Politik

## in den Jahren 1640—1645.

1. und 2. Kapitel:

Die bayrisch-französische Konferenz in Einsiedeln

und

Die bayrische Politik während des Kurfürstentages von Nürnberg.

---

Inaugural-Dissertation

der

philosophischen Fakultät Sektion I der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Vorgelegt von

**Rudolf Rast**

Gymnasialassistent

am 10. Juli 1902.

---

Ansbach.

Druck von C. Brügel & Sohn.

1902.

Herrn Professor Dr. Doeberl in München

gewidmet.

# Die bayrische Politik in den Jahren 1640–1645.

## 1. Kapitel.

## Die bayrisch-französische Konferenz in Einsiedeln.

# Quellen.

**Kgl. Bayr. Geheimes Staatsarchiv,** Kasten schwarz, 312/8 Korrespondenz mit dem Kardinal Bichi von 1633—1642; 323/7 a Akten die Einsiedler Konferenz betreffend; 167/9 und 168/1 Nürnberger Kollegialtagsakten 1640.

**Lettres,** Instructions Diplomatiques et Papiers d'Etat Du Cardinal De Richelieu, recueillis et publiés par M. Avenel.

---

# Literatur.

**Bougeant,** histoire des guerres et des négociations qui précédèrent le traité de Vestphalie.

**Fagniez,** le père Joseph et Richelieu.

**Aretin,** Bayerns auswärtige Verhältnisse.

**Doeberl,** Bayern und Frankreich, vornehmlich unter Kurfürst Ferdinand Maria, München 1900.

**Schnitzer,** Zur Politik des hl. Stuhles in der ersten Hälfte des dreissigjährigen Krieges. Römische Quartalschrift 1899. 2. Heft.

**Brockhaus,** Der Kurfürstentag zu Nürnberg im Jahre 1640.

**von Egloffstein,** Bayerns Friedenspolitik von 1645—1647; Leipzig 1898.

**Juedel,** Verhandlungen über die Kurpfalz und die pfälzische Kurwürde vom Oktober 1641 bis Juli 1642. Dissertation. Halle 1890.

**Winter,** Geschichte des dreissigjährigen Krieges. Onckensche Sammlung.

**Ranke,** Französische Geschichte, vornehmlich im 16. und 17. Jahrhundert.

**Koch,** Geschichte des deutschen Reiches unter der Regierung Ferdinands III.

Keine Berücksichtigung konnten die Werke von Schreiber finden. Völlig unbrauchbar ist die Dissertation von Katt: Die bayrisch-französichen Verhandlungen von der Zusammenkunft in Einsiedeln bis zur Ulmer Kapitulation. Göttingen. Vgl. darüber Egloffstein, Vorrede S. V ff.

---

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41552320_0104

Wohl noch nie seit dem Beginn des wechselvollen Krieges hatte sich der Kaiser in einer schlimmeren Lage befunden als im Sommer 1639. Fast ganz Pommern befand sich in den Händen der Schweden, Lothringen und der grösste Teil des Elsass war in der Gewalt der Franzosen und Herzog Bernhards; ja selbst auf dem rechten Rheinufer hatten die Weimaraner seit Ende 1638 in Freiburg, Rheinfelden und dem strategisch so bedeutsamen Breisach festen Fuss gefasst. Jeden Tag konnten die französischen und die trefflich ausgebildeten Truppen des Herzogs weiter ostwärts vordringen. Dabei stand Baner in Böhmen, Liljenhöck in Nord-, Königsmark in Mitteldeutschland. In Siebenbürgen aber wartete Rakoczy, an der unteren Donau der Sultan nur auf den Wink Richelieus, um in die östlichen Erbländer des Kaisers einzudringen.[1])

Und wie viel fehlte, dass das ganze Deutschland einmütig gegen die Franzosen und Schweden zusammenstand! Der ganze niedersächsische Kreis und die Stadt Strassburg befanden sich in einer den Reichsfeinden freundlichen Neutralität, Braunschweig-Lüneburg und Hessen-Kassel waren im Begriff, sich ihnen offen anzuschliessen.[2]) Im kaiserlichen Heere selbst herrschten grosse Missstände, die zum grossen Verdruss der Fürsten und Stände trotz wiederholter Vorstellungen nur in ungenügender Weise behoben wurden.[3]) Was aber die Anhänger des Kaisers am meisten verdross, war der Umstand, dass derselbe es nicht über sich vermochte, sich von der habsburgischen Hauspolitik, von dem übermächtigen Einfluss, welchen die Spanier auf seine Entschlüsse und Handlungen ausübten,

[1]) Winter S. 506, 530, 537, 539, 542. Ranke II, 485, 487. Koch I, 38, 42, 159, 183, 186, 207. Brockhaus S. 28, 41, 54, 90.

[2]) Br. S. 206, 223.

[3]) Br. S. 86, 104. cf. Egloffstein S. 2.

loszumachen und eine entschieden deutsche Politik zu treiben.[4]) Man rechne dazu, dass die Fürsten und Stände auf kaiserlicher Seite auch selber einander mit Misstrauen begegneten, sowie die fast völlige Ebbe in den Kriegskassen,[5]) und man wird es begründet finden, dass die Stimmung an den Höfen der kaisertreuen Fürsten im Sommer 1639 eine äusserst gedrückte, nicht selten an Hoffnungslosigkeit grenzende war,[6]) ganz entgegengesetzt der des Kaisers und seines Ministers, des Grafen Trautmannsdorf, welcher in unbegreiflicher Verkennung der wahren Lage noch vor kurzem geäussert hatte, es scheine, als werde man den Franzosen bald eine Sizilianische Vesper bereiten können.[7])

Denn wie, wenn Bernhard von Weimar, wie man allenthalben im Reich befürchtete[8]) und wie Richelieu und Oxenstierna thatsächlich abgeredet hatten,[9]) seinen Siegeszug ostwärts fortsetzte, wenn er durch Württemberg und Bayern nach Österreich vordrang und dort sich mit Baner zu einem entscheidenden Schlag vereinigte, durch die Siebenbürger und Türken von der anderen Seite her unterstützt? Dann war das Schicksal der Kaiserlichen besiegelt: Franzosen und Schweden diktierten dann den Frieden zum unendlichen Schaden des Reiches im allgemeinen und des Kaisers und seiner Verbündeten im besonderen, zum unendlichen Schaden auch der katholischen Religion.

Solchen Erwägungen also hingen damals die Bundesgenossen des Kaisers insgesamt nach, vor allen Maximilian von Bayern, für den als den anerkannt rührigsten Helfer Ferdinands bei einem so üblen Ausgange des Krieges die teuer erkaufte obere Pfalz[10]) und das erst mühevoll errungene, dann mit zäher

---

[4]) Egl. S. 2. Br. S. 87.

[5]) Br. S. 109. Koch S. 186. cf. Egl. S. 2.

[6]) Br. S. 75, 79, 80, 154, 265. cf. Egl. S. 3.

[7]) Egl. S. 2. Br. S. 50. Vgl. auch den Brief des Grafen Trautmannsdorf an den Reichsvizekanzler Grafen Kurz vom 19. Febr. 1639 bei Br. S 47.

[8]) Br. S. 46.

[9]) Ranke S. 480.

[10]) Jüdel, Einleitung.

Energie festgehaltene Kleinod der Kurwürde auf dem Spiele stand.

Allein nochmals schien sich der Himmel zu lichten, schien das drohende Verhängnis an Kaiser Ferdinand und seinen Anhängern vorbeizugehen. Der Kriegesheld Bernhard von Weimar verschied am 8. Juli zu Neuenburg plötzlich und unerwartet,[11]) als er, von einer Diversion nach der Franche-Comté zurückgekehrt, sich eben anschickte, den Krieg von neuem auf das rechte Rheinufer hinüberzutragen. Jetzt war ein tapferes, wohlgeschultes Heer zu gewinnen und mit ihm alles, was Herzog Bernhard im Laufe der Jahre von des Reiches Boden erobert hatte. Das Heer, welches sich so wacker im französischen Solde gegen den Kaiser geschlagen hatte, konnte gegen die Franzosen selbst, deren Truppen ihnen nicht annähernd an Kriegstüchtigkeit gleichkamen, gewendet und dieser Feind aus Elsass und Lothringen vertrieben werden. Denn Soldaten und Offiziere Bernhards waren fest entschlossen, das Erbe ihres Führers nimmermehr in die Hände der Reichsfeinde fallen zu lassen;[12]) sie wollten, ganz entsprechend der von ihrem Feldherrn geäusserten Anschauung, die letzten sein, welche zur Zerstückelung ihres Vaterlandes beitrügen.[13])

Wahrlich ein grosses Geschenk, welches der Zufall dem Kaiser in den Schoss warf! Aber, wie so oft während des langen Krieges, brachten Langsamkeit und Unentschlossenheit den Kaiser um den Erfolg: Der rastlosen Thätigkeit der Agenten Richelieus gelang es, die Abneigung der Weimaraner gegen Frankreich immer mehr zu überwinden, und im Oktober 1639 trat das Heer Bernhards in den Dienst Frankreichs, die sämtlichen Besitzungen des Herzogs dem König Ludwig überlassend.[14])

Eben in diesem Zeitpunkt, als die letzte Hoffnung auf Verbesserung der Lage der Kaiserlichen durch den Übertritt der Weimaraner zu Frankreich geschwunden war, langte in

---

[11]) Ranke S. 490. Koch S. 164. Allg. d. Biogr. B. 2. S. 450. Unrichtiges Datum bei Winter S. 544.

[12]) Koch S. 169.

[13]) Ranke S. 488 Anm. Winter S. 543.

[14]) Koch S. 169. Winter S. 549.

München ein Schreiben aus Rom von dem ehemaligen Nuntius in Paris, Kardinal Bichi,[15]) an, welches den Kurfürsten einlud zur Besprechung einer wichtigen, die „allgemeine Wohlfahrt" betreffenden Angelegenheit, „die gleichermassen im Interesse des Königs von Frankreich, des Kardinals und der kurfürstlichen Durchlaucht von Bayern liege," eine vertraute Person heimlich nach Strassburg zu senden. Es solle ihm dort nichts zugemutet werden, was sich mit seinen Eiden gegen Kaiser und Reich nicht vertrage.[16])

Es waren verschiedenartige Gedanken, welche diese Einladung beim Kurfürsten erweckte. Er gedachte der Abweisung, die ihm anno 1632 von Richelieu zu teil geworden war, als er auf die strikte Erfüllung des bayrisch-französischen Defensivvertrages vom Mai 1631 gedrungen und die Absendung eines französischen Corps zur Säuberung Bayerns von den Schweden verlangt hatte.[17]) Er dachte weiter an die Folgen, welche die Heimlichkeit der Sache unter Umständen für ihn zur Folge haben konnte. Denn, wenn aller Vorsicht zum Trotz, auf irgendwelche Weise dennoch bekannt wurde, dass eine Konferenz zwischen einem bayrischen und einem französischen Gesandten stattgefunden habe,[18]) würde ihm irgendjemand im Reiche glauben, dass er etwas anderes damit habe bezwecken wollen als Verrat an der allgemeinen Sache, als ein separates Abkommen mit Frankreich unter Preisgabe des Kaisers und seiner getreuen Fürsten und Stände?

Aber andere Erwägungen fielen nicht weniger schwer in die entgegengesetzte Wagschale. Bichi schrieb, es handle sich bei der Konferenz um eine Sache der allgemeinen Wohlfahrt, und Papst Urban, seit Jahren der eifrigste Vorfechter des Friedens[19]), liess seinen Kardinal dabei die Mediatorenrolle spielen: Kein Zweifel, die Franzosen wünschten durch seine, des Kurfürsten von Bayern, Vermittelung Frieden zu schliessen,

[15]) cf. Schnitzer S. 239, 247. Ranke S. 403 Anm, S. 415 Anm.
[16]) Rom, 1. Oktober 1639. K. schw. 312/8.
[17]) Bougeant S. 183. Fagniez I, 576. Aretin S. 304.
[18]) cf. Anm. 63.
[19]) Schn. S 250.

wollten ihm ihre Bedingungen mitteilen, damit er sie vor Kaiser und Reich vertrete. Und wenn die Forderungen der Franzosen einigermassen annehmbar waren, so konnte der Kaiser, mochte auch Spanien widerstreben, durch den gemeinsamen Druck der Kurfürsten, die ja alle gleich heiss den Frieden herbeisehnten, zur Annahme der französischen Bedingungen gebracht werden. Und war erst Frankreich befriedigt, dann blieb den Schweden nichts anderes übrig als einen billigen Frieden einzugehen.

Wenn er aber den Franzosen die Gefälligkeit erwies, so dachte Kurfürst Maximilian weiter, für die Gewährung billiger Bedingungen sich bei Kaiser, Fürsten und Ständen zu verwenden, sollte König Ludwig in diesem Falle nicht zu bewegen sein, ihm seine Unterstützung in der pfälzischen Angelegenheit zuzusagen? Maximilian glaubte, dies um so mehr annehmen zu dürfen, als die Erhaltung der Kur beim Hause Bayern nach seiner Auffassung dem eigenen Interesse Frankreichs entsprach.

Die Annahme der Einladung schien somit dem Kurfürsten die Aussicht auf Erreichung des Zieles zu eröffnen, dem er mit allen Kräften zustrebte und das bis ans Ende des langen Krieges die unwandelbare Richtschnur der bayrischen Politik gebildet hat: des Friedens für die Allgemeinheit, der Behauptung von Kur und Pfalz für ihn selbst und für sein Haus.

Bevor sich jedoch Maximilian definitiv entschloss, dem Ansuchen der Franzosen stattzugeben, forderte er, seiner Gewohnheit gemäss,[20]) ein Gutachten von seinem erfahrenen Berater in allen politischen Angelegenheiten, dem Vizekanzler Dr. Richel, ein. Dieser erklärte sich mit Entschiedenheit für die Annahme der Einladung.[21]) Denn einmal, erklärte er, sei es unbedenklich, den Wunsch der Franzosen zu erfüllen, da ja Bichi ausdrücklich versichert habe, es solle dem Kurfürsten nichts gegen Eid und Pflicht zugemutet werden. Dann aber sei es gerade im gegenwärtigen Zeitpunkte, da ein Kurfürstentag nach Nürnberg einberufen werde, von grösstem Nutzen,

[20]) cf. Br. S. 14.

[21]) „Ursachen, warum Ihre kurfürstliche Durchlaucht die von dem König von Frankreich begehrte Zusammenschickung und Konferenz nicht ausschlagen könnten und sollen." Ohne Datum. K. schw. 323/7a.

von Frankreich die „media et conditiones pacis“ oder „die obstacula“ der Friedenskongresse von Köln und Lübeck zu erfahren; denn etwas anderes könne es nach den Andeutungen Bichis kaum sein, was Richelieu dem Kurfürsten eröffnen werde. Die Abweisung der Einladung müsse die Franzosen notwendig in ihrem Verdacht bestärken, dass „Ihre kurfürstliche Durchlaucht und andere, welche dem Kaiser assistieren, den Frieden im Munde und den Krieg in Händen tragen.“ Und was die Bedenken wegen der Heimlichkeit der Sache betreffe, so werde daraus dem Kurfürsten niemand nachträglich einen Vorwurf machen, wenn die bayrischen Gesandten zum Kollegialtage in Nürnberg mit ihren für das Zustandekommen des Friedens so wichtigen Eröffnungen hervortreten würden.

Nachdem der Entschluss des Kurfürsten durch das zustimmende Gutachten seines Kanzlers zur Reife gebracht war, schrieb Maximilian dem Kardinal Bichi, er sei bereit, die Einladung zu der geheimen Konferenz anzunehmen und werde als seinen Vertreter den Dr. Giovanni Hugone nach dem Wallfahrtsorte Einsiedeln in der Schweiz abordnen, wo die beiden Gesandten ungestörter als in Strassburg verhandeln könnten.[22]) Es wäre ihm angenehm, wenn die Besprechung noch vor dem 5. Dezember, dem Eröffnungstermin des Nürnberger Kollegialtages, stattfinden würde.

Darauf antwortete Bichi, der französische Deputierte werde sich am 2. oder 3. Dezember in Einsiedeln einfinden.[23])

Entsprechend den Gründen, aus denen Maximilian sich für die Annahme der Einladung zur Konferenz entschieden hatte, legt die Instruktion, welche dem bayrischen Gesandten vor seiner Abreise eingehändigt wurde, das Hauptgewicht auf den Friedenspunkt und die pfälzische Angelegenheit.[24])

Schon zu wiederholten Malen, so soll der Abgeordnete des Kurfürsten ausführen, habe König Ludwig seiner Geneigtheit zum Frieden Ausdruck verliehen, aber gleichwohl habe er

[22]) München, 20. Oktober 1639. K. schw. 312/8.

[23]) Rom, 7. November 1639. K. schw. 312/8.

[24]) Instruktion für Herrn Tanner nach Einsiedeln. München, 26. November 1639. K. schw. 323/7 a.

bislang seine Bevollmächtigten noch nicht nach Köln zum Friedenskongress geschickt, wo der Kardinal Ginetti als päpstlicher Vermittler nebst den kaiserlichen und spanischen Delegierten schon so lange auf das Eintreffen der Franzosen warteten. Der König möge dem Kurfürsten vertrauensvoll eröffnen, welches die wirklichen Gründe seien, die ihn veranlassten, den Kölner Kongress nicht zu beschicken. Maximilian werde dann mit Unterstützung seiner Kollegen, deren Vertreter sich in kurzem in Nürnberg zusammenfinden würden, dafür sorgen, dass der Kaiser alle „obstacula" beseitige.

Der bayrische Gesandte soll in zweiter Reihe dem französischen Deputierten nachweisen, dass in der pfälzischen Sache das gute Recht auf Seiten Maximilians stehe, dass aber auch das eigene Interesse Frankreichs die Erhaltung des Kurfürsten bei der Kur und Pfalz erheische. Denn die Restitution Karl Ludwigs in die Würde seines Vaters und sein Land bedeute eine Stärkung des deutschen Protestantismus. Von diesem aber sei zu befürchten, dass er die Hugenotten in Frankreich unterstütze, und der Pfalzgraf besonders werde dies gewiss auch thun, um sich an den Franzosen für seine Arrestierung zu rächen.[25])

Von diesen beiden Hauptpunkten abgesehen enthält die Instruktion noch eine andere bedeutsame Anweisung: Wenn der französische Abgeordnete, heisst es in dem allgemeinen Teile der Instruktion, ungeachtet der Versicherung des Kardinals Bichi, dass dem Kurfürsten bei der Konferenz nichts gegen Eid und Pflicht zugemutet werden solle, gleichwohl mit Anträgen herausrücke, welche sich mit den kurfürstlichen Juramenten nicht vertrügen, so soll der bayrische Gesandte sie „mit guter Manier" zurückweisen; wenn er aber Dinge proponiere, die nicht „diametraliter" den Eiden zuwiderliefen, sondern in die „certo modo sine violatione juramenti gewilligt werden könnte," so soll er sie „nit refusirn, sondern ad referendum nehmen." Komme beispielsweise der französische Abgeordnete von selbst auf das Thema einer bayrisch-französischen Allianz,

[25]) Koch S. 167.

bei welcher dem Kurfürsten nichts gegen Kaiser und Reich zugemutet werden würde, oder auf eine offen erklärte Neutralität Bayerns zu sprechen, so soll er die Bedingungen aufzeichnen und darüber dem Kurfürsten referieren.

Wenn also Maximilian sich auch in erster Linie bestrebte, einen allgemeinen Frieden oder wenigstens einen Frieden zwischen Kaiser und Reich einerseits, den Franzosen und Schweden andererseits zu stande zu bringen: für den äussersten Notfall, wenn zu einem Gesamtfriedensschluss nicht zu gelangen wäre, war er entschlossen, zur Rettung seines Landes vor dem völligen Ruin, sowie zur Erhaltung seiner neuen Errungenschaften ein ehrenvolles separates Abkommen mit den Reichsfeinden zu treffen.[26])

Werfen wir nun auch einen Blick in die Instruktion des Gesandten, welchen Richelieu nach Einsiedeln zu schicken gedachte.[27]) Der französische Deputierte wird darin vor allem angewiesen, die Versicherung zu erwirken, dass der bayrische Kurfürst auf dem bevorstehenden Kollegialtag, anscheinend aus eigenem Antrieb, einen 10—12jährigen Waffenstillstand vorschlagen und sich bemühen wolle, den Einfluss der Spanier aus der Umgebung des Kaisers zu verdrängen; er soll ferner dem Kurfürsten von Bayern die Abtretung eines Teiles von Vorderösterreich versprechen.

Welchen Irrtums hatten demnach Maximilian und sein Kanzler sich schuldig gemacht, als sie, irregeführt durch eine vieldeutige Redewendung des Einladungsschreibens, annahmen, es handle sich um eine Friedensvermittelung! Eben jetzt, da die französischen und schwedischen Waffen florierten, war Richelieu weiter als je entfernt, an Frieden zu denken. Er wünschte durch Bayerns Mithilfe einen langjährigen Waffenstillstand zu erlangen, der es ihm auf die einfachste Weise ermöglichte, sich in den neugewonnenen linksrheinischen Ge-

[26]) cf. Egl. S. 86.

[27]) Instruction au Sieur d'Oysonville, Lieutenant au Gouvernement de Brisach. 23 ou 28 novembre 1639. Lettres, Instructions Diplomatiques et Papiers d'Etat Du Cardinal De Richelieu, recueillis et publiés par M. Avenel. Tome VI. S. 623—627.

bieten festzusetzen,[28]) wünschte weiter, durch Bayerns Unterstützung das verhasste Bündnis zwischen Österreich und Spanien zu sprengen, zielte schliesslich in verblümter Weise, wie er durch das Versprechen Richis und den Charakter des Kurfürsten genötigt war, auf eine empfindliche Schwächung des Kaisers durch die Verwirklichung des Gedankens, welchen vor ihm schon Franz I. und Heinrich IV. gefasst hatten,[29]) der sich bei ihm selbst zu einer förmlichen „Lieblingsidee" auswuchs[30]) und auf welchen nach ihm die bedeutendsten Staatsmänner bis auf Napoleon I. zurückkamen[31]): die Herüberziehung des Herzogs von Bayern auf die Seite Frankreichs.

Franz I. und Heinrich IV., welche zuerst sich entschlossen, mit dem Gesamthaus Habsburg in den Kampf um die Vorherrschaft in Westeuropa einzutreten, hatten schon, Umschau haltend nach einem Bundesgenossen in Deutschland, ihr Auge auf Wilhelm IV. und Wilhelm V., die mächtigen Bayernherzöge, geworfen, die, in ihrem Lande auf drei Seiten von österreichischem Gebiet umklammert und eingeengt, selbst ein lebhaftes Interesse an der Schwächung der Habsburger haben mussten.[32]) Und Ludwig XIII. hatte auch hierin das Erbe seines Vaters angetreten: Um sich den Bayernherzog geneigt zu machen, hatte er zu Ulm 1620 für die Liga jenen Waffenstillstand mit der Union vermittelt, welcher Maximilian während des böhmischen Krieges den Rücken sicherte,[33]) und 1622/23 seinen Wiener Residenten Baugy beauftragt, beim Deputationstage in Regensburg kräftig für die Übertragung der Kurwürde an Maximilian einzutreten.[34]) Richelieu aber hatte kaum die Leitung der Staatsgeschäfte übernommen, als er mit Lebhaftigkeit auf das Ziel, den Kurfürsten von Bayern auf die französische Seite herüberzuziehen, lossteuerte: In den Jahren 1624/25 hatten

[28]) cf. Ranke S. 440, 477. Winter S. 430.
[29]) Ranke S. 285. Doeberl S. 19, 20.
[30]) Aretin S. 304.
[31]) Doeb. S. 19.
[32]) Doeb. S. 19. Winter S. 581. Schn. S. 245.
[33]) Doeb. S. 22. Winter S. 215, 216.
[34]) Doeb. S. 22. Fagn. S. 249. Ar. S. 191.

Gesandte über Gesandte zwischen Paris und München verkehrt,[35]) 1627/28 hatte er durch Marcheville Maximilian aufs nachdrücklichste unterstützt, als es sich auf dem Kollegialtag in Mühlhausen um die Übertragung der Kur auf die ganze wilhelminische Linie handelte,[36]) und 1629 hatte er es, dank seiner unausgesetzten Bemühungen und der Unterstützung des Papstes, so weit gebracht, dass der Kurfürst sich bereit erklärte, einen Vertrag zu unterschreiben, in welchem seine Pflichten gegen Kaiser und Reich respektiert würden.[37]) Als aber Richelieu in letzter Stunde mit seiner wahren Absicht, Maximilian völlig vom Reiche loszureissen, hervorgetreten war, da hatte der vaterlandsliebende Kurfürst die Verhandlungen völlig abgebrochen, ungeachtet des Umstandes, dass Frankreich sich bereit erklärt hatte, ihm den Besitz von Kur und Pfalz gegen die Angriffe innerer und äusserer Feinde zu verteidigen,[38]) und nur der überlegenen Staatskunst des Paters Joseph[39]) im Verein mit der Nachricht von der Landung des Schwedenkönigs war es gelungen, den zerrissenen Faden wieder anzuknüpfen und den bayrisch-französischen Defensivvertrag von Fontainebleau zu stande zu bringen, in dem die beiden Contrahenten versprachen, sich nicht nur gegenseitig nicht anzugreifen, sondern vielmehr im Falle eines Angriffes von dritter Seite sich bewaffnete Hilfe zu bringen, während Frankreich im besonderen sich verpflichtete, die Eide des Kurfürsten zu achten und ihm den Besitz von Kur und Pfalz zu gewährleisten.[40]) Es war wenig, was Richelieu für seinen Zweck mit dem Vertrag erreicht hatte, allein er hatte sich vorläufig damit zufrieden gegeben in der Hoffnung, die innere Not seines Landes und die Gefährdung seines neuen Besitzes durch den Schwedenkönig, welcher sich die völlige Restitution des Pfalzgrafen Friedrich zur Aufgabe

[35]) Doeb. S. 22.
[36]) Fagn. S. 273. Ar. S. 281.
[37]) Doeb. S. 22. Schn. S. 203. Fagn. S. 536 ff.
[38]) Fagn. S. 539. Doeb. S. 23.
[39]) Fagn. S. 544 ff. Doeb. S. 23.
[40]) Fagn. S. 576. Ar. S. 303. Doeb. S. 23. Schnitzer gibt das Datum unrichtig an. Es sollte statt 8. April auf S. 223 heissen: 30. Mai. cf. die Instruktion d'Oysonvilles nach Einsiedeln bei Avenel.

gemacht hatte,[41]) würden über kurz oder lang zusammen den Kurfürsten zwingen, sich dem französischen König rückhaltlos in die Arme zu werfen.[42]) Doch, wie anno 1629 sein eigenes Ungestüm, so hatte ihm in den Jahren 1631/32 Gustav Adolf einen Streich gespielt, indem er nach der Breitenfelder Schlacht seine Waffen nicht, wie Richelieu gewähnt hatte, in die österreichischen Erblande, sondern ins ligistische Gebiet trug: Als Maximilian um Erfüllung des Vertrages und Absendung von französischen Truppen nach Bayern gebeten hatte, war der Kardinal genötigt gewesen, sich auf Ausreden und Entschuldigungen zu verlegen.[43]) In tiefer Verstimmung über die Wortbrüchigkeit der Franzosen hatte Maximilian den Vertrag begraben.

Jetzt nun, fast genau in dem Zeitpunkt, da der auf acht Jahre abgeschlossene Defensivvertrag sein natürliches Ende hätte erreichen sollen, wollte Richelieu die Beziehungen zu Bayern wieder anspinnen, hoffend, die drangvolle Lage des Kurfürsten im Verein mit grossartigen Versprechungen würden denselben dazu bringen, seine Beziehungen zum Kaiser gänzlich zu lösen und auf Frankreichs Seite überzutreten.

Die Schwierigkeit, den Kurfürsten zur Annahme der Konferenz geneigt zu machen, hatte für Richelieu der Papst, oder vielmehr in seinem Namen der Kardinal Bichi beseitigt. Urban VIII. und Richelieu waren ja in gewisser Hinsicht Bundesgenossen[44]): Beide zielten auf die Schwächung der Habsburger ab; dieser, um in der europäischen Hegemonie an Stelle Spanien-Österreichs die französische Krone zu setzen, jener um der Ruhe Italiens und der Freiheit des Erbgutes Petri willen, das er auf drei Seiten von spanischem Besitze umklammert sah.[45]) Das Haus Habsburg musste geschwächt werden zu Gunsten Frankreichs, von dessen Seite für die Selbständigkeit des Kirchenstaates nichts zu befürchten war,[46]) darin stimmten beide

[41]) Fagn. S. 564. Winter S. 397.
[42]) Doeb. S. 24.
[43]) cf. Anm. 17.
[44]) Schn. S. 243.
[45]) Schn. S. 245. Koch S. 101.
[46]) Schn. S. 245, 246.

überein, und diese Schwächung konnte nach ihrer gemeinsamen Überzeugung nicht besser geschehen als dadurch, dass man den Kurfürsten von Bayern ganz für Frankreich gewann. Auf diesem Wege erhielt Maximilian, wie der Papst erkannte, die einzige sichere Garantie für seine neue Würde und die Oberpfalz, deren Erhaltung bei der wilhelminischen Linie zur Stärkung des Katholizismus in Deutschland notwendig war; auf diese Weise, wenn nämlich zu der von Jahr zu Jahr wachsenden Erschöpfung der kaiserlichen Partei der Verlust des tüchtigsten und relativ noch finanzkräftigsten Bundesgenossen trat, musste der Kaiser die Waffen strecken.

Aus diesen Gründen erklärt es sich, dass der Papst vom Anfange seines Pontifikats an nicht müde geworden war, den Kurfürsten von Bayern zur Trennung vom Kaiser, zum Anschluss an Frankreich zu mahnen,[47]) dass er 1629 seinen Pariser Nuntius Bagni angewiesen hatte, den Abschluss eines schriftlichen Vertrages zwischen Frankreich und Bayern zu vermitteln,[48]) dass er auf die Bitte Richelieus sich erboten hatte, durch den Kardinal Bichi, der, wie Bagni, ehedem Nuntius in Paris gewesen und dort ein eifriger Anhänger und Parteigänger Richelieus geworden war,[49]) den Kurfürsten zur Annahme der Konferenz zu bestimmen. Der Papst hatte sich nicht verhehlt, dass Maximilian, in dem Wahn befangen, als sei Frankreich dem Frieden geneigt, die Worte des Einladungsschreibens, es handle sich um eine Sache, die nicht nur „das Allgemeine wäre," sondern auch für den König von Frankreich, für den päpstlichen Stuhl und die kurfürstliche Durchlaucht selbst von gleichem Interesse sei, missverstehen werde: aber es war eine pia fraus gewesen: nach seiner Auffassung war es wirklich ein Werk, welches nicht nur den genannten drei Parteien, sondern der Gesamtheit zum Heile ausschlug, Bayern und Frankreich wieder zusammenzuführen und so den Anschluss des Kurfürsten an die Franzosen vorzubereiten. —

Die Konferenz selbst, die schon für Anfang Dezember 1639

[47]) Schn. S. 197, 201, 203, 223.
[48]) Schn. S. 223. Doeb. S. 22. cf. Anm. 40.
[49]) Schn. S. 247.

geplant gewesen war,[50]) fand thatsächlich erst am 10. Januar und dem folgenden Tage statt.[51]) Von bayrischer Seite hatte sich der Hofratsvizepräsident Johann Christoph Tanner eingefunden — dies war der wirkliche Name des angekündigten Dr. Hugone —, ein Mann, der das Zutrauen seines Souverains in vollem Masse besass; als Agent König Ludwigs war der Baron von Oysonville, Lieutenant im Gouvernement Breisach, erschienen, der, herangezogen unter den Augen und durch das Beispiel Richelieus und des Pater Joseph, vor kurzem durch die Gewinnung der Weimaraner sein diplomatisches Meisterstück geliefert hatte.[52]) Die Krone Frankreich konnte keinen geeigneteren Vertreter ihrer Interessen finden. Man bewundert bei der Lekture des ausführlichen, in Form von Rede und Gegenrede abgefassten Konferenzberichtes, den Tanner nach seiner Rückkehr zu Handen des Kurfürsten lieferte, in gleicher Weise seine innige Vertrautheit mit den Zielen der auswärtigen Politik Richelieus und seine Kenntnis der deutschen, speziell der bayrischen Verhältnisse, wie die Energie, mit welcher er den drei Hauptzwecken, die ihm durch seine Instruktion vorgezeichnet waren, zustrebt, seine Gewandtheit, das Gespräch von den durch Tanner angeschlagenen Themen auf die für Frankreich interessanten Gegenstände abzulenken, und den sicheren Takt, durch den er es vermied, das Gefühl der Pietät, welches der Kurfürst trotz tiefgehender Meinungsverschiedenheiten gegen seinen kaiserlichen Herrn und Schwiegervater trug, zu verletzen.[53])

Tanner eröffnete die Besprechung, indem er, ohne sich genau an den Wortlaut seiner Instruktion zu halten, auf sein vornehmstes Ziel, die Anbahnung des Universalfriedens, losging,

---

[50]) cf. S. 10.

[51]) Der bayrische Gesandte kam in Einsiedeln an am 5. Dezember, wie Kurfürst Maximilian dem Kardinal Bichi unterm 26. Januar 1640 mitteilen lässt. K. sch. 312/8. Der Abgeordnete Richelieus traf, wie ich von Herrn Professor Riezler erfahre, erst am 9. Januar 1640 am Versammlungsorte ein. Da Br. S. 158 Anm. weiss, die Besprechung habe zwei Tage gedauert, so wird die Konferenz auf den 10. und 11. Januar anzusetzen sein.

[52]) Winter S. 549. Koch S. 165 Anm.

[53]) Br. S. 91, 149. Egl. S. 2. Winter S. 526.

mit der Frage: „Ob nicht ein Generalfriede allerseits zum allgemeinen Wohle der Christenheit könne getroffen werden und was für Mittel dazu vorhanden?“ [54])

Dazu gebe es nur ein einziges Mittel, war die Antwort d'Oysonvilles: Einen zehnjährigen allgemeinen „Anstand der Waffen“, da „die continuatio armorum“ den Friedensverhandlungen hinderlich sei und „Restitutionen vor dem geschlossenen Frieden ein praejudicium schaffen würden, welches den Restituenten die Mittel ad compositionem vorher abschnitte.“ d'Oysonville fuhr fort: Sein Herr habe schon früher einen solchen Waffenstillstand beantragt, und der Kaiser sei nicht abgeneigt gewesen, darauf einzugehen; aber aus Rücksicht auf die Spanier habe er ihn schliesslich ausgeschlagen. Es sei zum Erbarmen, dass der Kaiser, „ein freundlicher, friedsamer und frommer Herr, mit dem man sich wohl vertragen könne“, Spanien und den „spaniolisierten, hochtragenen, ehrgeizigen ministris“ unterthänig sei, den „Teutschen zum Schaden und allen Potentaten zu Nachdenken und Unruhe.“ Es wäre sehr „pro bono publico tam intra quam extra imperium“, wenn die deutsche Kaiserkrone auch einmal auf das Haus Maximilians transferiert würde. Die Einrede, das Kaisertum erfordere eine grössere Hausmacht, als sie die Wittelsbacher besitzen, könne er nicht gelten lassen. Bayern müsse dann eben, um „seine Dignität pro majestate zu soutenieren“, „gute Korrespondenz und Vertraulichkeit“ mit anderen Potentaten halten, „inmassen Österseich mit Spania thue.“

Tanner erkannte sehr wohl, dass durch die von Frankreich verlangte Zwischenstufe eines zehnjährigen allgemeinen Waffenstillstandes zum Universalfrieden nicht zu gelangen sein würde. Er durfte schon kaum annehmen, dass Brandenburg geneigt sein werde, Pommern, das durch Erbschaft an Georg Wilhelm gefallen war,[55]) so lange im unbestrittenen Besitze der Schweden zu lassen. Wie sollte vollends der Kaiser, der

[54]) „Relation wegen der mit dem französischen Deputierten zu Einsiedeln vorgegangenen Konferenz.“ Januar 1640. K. schw. 323/7 a.

[55]) Winter S. 530.

eben damals nicht nur an die Rückeroberung des Elsass,[56]) sondern sogar an die Wiedergewinnung von Metz, Toul und Verdun dachte,[57]) zugeben, dass sein Erbland für zehn Jahre in den Händen der Franzosen verbleibe! Und wie würden die Spanier einen solchen Vorschlag aufnehmen, die emsig darauf bedacht waren, die Franzosen rasch wieder aus den habsburgischen Gebieten zu vertreiben, durch deren Besetzung Richelieu, wie durch einen eingetriebenen Keil, die direkte Verbindung zwischen der Franche Comté und den Niederlanden zerstört hatte!

Die Frage nach einem Frieden zwischen Frankreich einerseits, Kaiser und Reich andrerseits konnte sich Tanner sparen, nachdem d'Oysonville den Satz aufgestellt hatte, dass Friedensverhandlungen ohne den vorhergehenden Abschluss einer langjährigen Waffenruhe nicht eröffnet werden könnten. Man versteht so, wie er dazu kam, nunmehr die Frage zu stellen: „Wenn wider Verhoffen ein Generalfriede nicht zu stande komme und der König meine, gegen den einen oder anderen den Krieg fortsetzen zu müssen, ob nicht Mittel vorhanden wären, dass nichts desto weniger zwischen dem römischen Reiche und Frankreich gute Nachbarschaft und Freundschaft erhalten werde, inmassen tempore Ludovici XI., Francisci I., Henrici II. und anderer Könige mehr die französischen Könige mit den Kaisern Krieg geführt ohne Ruptur und Krieg für das römische Reich?“

Die Entgegnung d'Oysonvilles lautete: Sein Herr sei zum Kriege gegen das Haus Österreich veranlasst worden und müsse auch jeden für seinen Feind halten, der sich zu Österreich geschlagen habe. Ein Friede mit dem Reiche allein, abgetrennt vom Kaiser, sei deshalb für Frankreich undenkbar. „Dieses begehre er aber zu wissen,“ fuhr er nun fort, „wenn dem deutschen Hause Österreich billige condiciones von seinem Könige sollten vorgeschlagen, von ihm aber nicht angenommen

[56]) Br. S. 50, 151.

[57]) Schreiben des Reichsvizekanzlers F. S. Kurz an seinen Bruder, den bayr. Hofmarschall Maximilian Kurz, Wien, 8. April 1640. K. sch. 323/7 a.

werden, ob Maximilian, die Liga und die Reichsstände selbiges noch weiter als bisher verfechten wollten."

Tanner versetzte darauf, er sei nur beauftragt, die Anträge und Vorschläge Frankreichs aufzuzeichnen und deshalb nicht in der Lage, sogleich sich in bindender Weise zu erklären; „es gebe aber die Vernunft, dass auf solchen Fall das ganze corpus des römischen Reiches von wegen eines einzigen Gliedes, so die Billigkeit und Vernunft wolle ausschlagen, sich nicht in Gefahr geben, sondern gleichwohl von selbigem sondern würde." —

Es muss ausdrücklich betont werden, dass die Frage Tanners kaum im Sinne seines Herrn gelegen war. Der Kurfürst konnte sich, wie aus den Aktenstücken dieser und der nächstfolgenden Zeit hervorgeht, nur drei Arten von Friedensschluss denken: einen Universalfrieden; einen Frieden zwischen Kaiser und Reich auf der einen, Frankreich und Schweden, oder einem dieser beiden, auf der anderen Seite; und drittens ein separates Abkommen der Staaten mit den auswärtigen Kronen.[58])

Dennoch wundert man sich über die Antwort d'Oysonvilles. Wie konnte er die verlockende Aussicht, die Tanner ihm eröffnete, die Aussicht auf die Trennung des Reichs vom Kaiser, von der Hand weisen! Der französische Gesandte steuerte eben zielbewusst seinem nächsten Zwecke zu. Er nimmt dem Kurfürsten die Hoffnung auf einen Frieden der Franzosen mit dem Reiche allein, um ihn zu nachdrücklichstem Eintreten für den zehnjährigen Waffenstillstand zu veranlassen, der von Frankreich als die Vorstufe des allgemeinen Friedens bezeichnet worden war. Hatte aber Maximilian durch das Aufgebot seines Einflusses diesen Waffenstillstand in Nürnberg durchgesetzt, der es den Franzosen ermöglichte, sich ungestört in den neu gewonnenen Gebieten einzuwurzeln, dann wollte

[58]) cf. den Auszug aus der bayr. Instruktion nach Nürnberg bei Br. S. 90. In einem kurf. Befehl vom 1. Febr. 1640 heisst es: „Dass die Herren Kurfürsten und Stände sich von Ihrer Kaiserlichen Majestät gleichsamb separiren sollen, das würdet ohne Zweifel niemand raten . . . . ." K. schw. 167/9.

Frankreich mit „billigen Friedensvorschlägen“ an den Kaiser herantreten. Wir können nicht nachweisen, welche Forderungen d'Oysonville dabei im Auge hatte, aber man wird kaum fehlgehen, wenn man annimmt, er habe dabei an die Trennung der österreichischen und spanischen Waffenbrüderschaft gedacht. Kein Zweifel, dass diese Bedingung von allen deutschen Fürsten und zumeist vom bayrischen Kurfürsten als „billig“ anerkannt wurde. Hatten sich nun Maximilian und die Ligafürsten vorher gebunden, vom Kaiser abzufallen, wenn dieser „billige Friedensbedingungen“ verwarf, — dann waren sie kraft ihrer Erklärung verpflichtet, sich vom Hause Österreich loszusagen. —

Tanner wandte das Gespräch der pfälzischen Sache zu: Die Kurwürde sei seiner Zeit dem Pfalzgrafen Friedrich und seinen Nachkommen wegen „schwerer, unerhörter Verbrechen“ genommen und vom Kaiser auf Maximilian und sein ganzes Haus unter Zustimmung des gesamten kurfürstlichen Kollegiums übertragen worden, was durch Vorlage der Originale und Autographe bewiesen werden könne. Nun sei zwar aus Briefen der Kardinäle Bichi und Barberini an den Kurfürsten zu ersehen, dass der König von Frankreich nicht abgeneigt sei, das Interesse Bayerns in der pfälzischen Angelegenheit „in gratam considerationem zu nehmen“. Allein Maximilian möchte gern „in specie“ erfahren, „wasgestalt Ihre Majestät gedacht sei, bei den Friedensunterhandlungen dieses corpus in favorem Ihrer kurfürstlichen Durchlaucht sich anzunehmen.“

d'Oysonville erklärte darauf: Es sei richtig, dass sein Herr dem Kurfürsten in der pfälzischen Frage grosses Wohlwollen entgegenbringe. Bestimmte Angaben, „wie die Angelegenheit ins Werk zu richten sei“, könnten indes jetzt noch nicht gemacht werden. Übrigens, fährt er in der für uns leicht erkennbaren Absicht, dem Kurfürsten für seinen Besitz bange zu machen, fort, werde bei den künftigen Traktaten „das publicum et universale dem privato et particulari vorzugehen haben.“ Auch wisse er nichts von einer „Perpetuation“ der Kur beim Hause Bayern. Allein angenommen, es verhalte sich so, wie Tanner versichere, und die Kurwürde sei thatsächlich auf die ganze wilhelminische Linie übertragen worden, warum man

denn nicht die Würde zwischen den beiden Linien wechseln lasse?

Und nun gibt er dem Gespräch eine charakteristische Wendung: Wie dem auch sei, sie wollten von diesem Gegenstand nicht weiter sprechen, „weil dieser discours nicht zu bester Intelligenz dienstlich sei.“ Alles in allem: Der König sei dem Kurfürsten „mit solcher guter Affektion beigethan, dass ihm nicht zuwider, mit ihm auf alle billigen Vorschläge und Begehren, so er thun werde, in bester, vertraulichster Korrespondenz einzugehen, wie“ Tanner „denn seinem Herrn sicherlich anzeigen dürfe, dass der König erbietig, ihm, seinem Herrn, von denjenigen Landen, so der König bishero erobert und erobern würde, zu überlassen, was sein Herr zu seiner Gelegenheit und Wohlstand vorschlagen und begehren würde.“ Sie wollten sich über den Erfolg ihrer Berichte Mitteilung zukommen lassen und in einiger Zeit in Zürich, Schaffhausen oder Bitsch zu einer zweiten Konferenz zusammentreten. Damit gingen die Gesandten auseinander. —

In gedrückter Stimmung reiste Tanner nach München zurück. Wohl hatte er eine klare Bedingung vernommen, unter der Frankreich und mit ihm Schweden, das ja, seitdem Oxenstierna französischer „pensionarius“ geworden war, von jenem „dependierte“, Frieden zu schliessen bereit waren. Aber wie sollten der Kaiser und Spanien sich dazu herbeilassen, in einen zehnjährigen Waffenstillstand zu willigen, der sie nötigte, für lange Zeit, vielleicht für immer, grosse Gebiete in den Händen der Feinde zu lassen! In der Kursache vollends war er mit einer allgemeinen Versicherung des Wohlwollens abgespeist worden; ja noch mehr: Die Sorge, welche der Kurfürst sich in der pfälzischen Angelegenheit ohnehin im Hinblick auf die Unzuverlässigkeit[59]) des Kaisers, Sachsens und Brandenburgs machte, musste durch Äusserungen wie „das publicum werde

[59]) Auf den Kaiser glaubte Maximilian in der Kursache nicht bauen zu können wegen der Abhängigkeit desselben von Spanien. cf. Winter S. 252, 254, 472. Doeb. S. 16, 17. Wegen Sachsen und Brandenburg cf. Ar. S. 266. Br. S. 9.

bei den Friedensverhandlungen von Frankreich dem privatum vorangesetzt werden“ und ähnliche noch gesteigert werden.

Viel besserer Hoffnung trat d'Oysonville die Heimreise nach Breisach an. Er war der Zuversicht, Maximilian werde, um endlich zu dem ersehnten Frieden zu gelangen, in Nürnberg mit der Forderung der zehnjährigen allgemeinen Waffenruhe hervortreten und zweifelte ebensowenig als Richelieu selbst, dass es dem angesehenen und thatkräftigen Fürsten gelingen werde, selbst den Kaiser und die Spanier zum Nachgeben zu bringen. Er lebte ferner in der Hoffnung, Maximilian werde für seine Person, vielleicht auch im Namen der Ligafürsten, in kurzem, sei es brieflich, sei es durch den Mund seines Gesandten auf der in Aussicht genommenen zweiten Konferenz, die Erklärung abgeben lassen, dass er sich vom Kaiser lossagen wolle, wenn dieser durch die Ablehnung billiger Bedingungen das Zustandekommen des Friedens vereitle. Auch für die Erreichung des Zweckes, welchen seine Instruktion an letzter Stelle genannt hatte, schienen ihm die Aussichten günstig zu sein. Er hatte, wie versprochen war, dem bayrischen Gesandten gegenüber kein Wort fallen lassen, welches eine Verletzung der kurfürstlichen Eide verlangt hätte; aber die für den Kaiser und seine Verbündeten höchst ungünstige militärische Konstellation im allgemeinen, die Erschöpfung Bayerns im einzelnen, die von ihm absichtlich genährte Furcht Maximilians für den Besitz der Kurwürde und der Oberpfalz und schliesslich die Aussicht auf eine imposante Vermehrung der bayrischen Hausmacht und Erwerbung der Kaiserkrone mit französischer Hilfe würden, so glaubte er annehmen zu dürfen, den Kurfürsten von selbst in die Arme Frankreichs treiben. Und was die Stellung des Kurfürsten den Spaniern gegenüber betraf, da hatte er sich im Verlaufe der Konferenz überzeugt, dass sein Hass zum mindesten noch von derselben Grösse war wie damals, als er in Regensburg und Mühlhausen mit Ognate den harten Strauss um die Kurwürde ausgefochten.[60]) Es war ausser Zweifel, dass Maximilian in Nürnberg aus eigenem Antrieb jede Gelegenheit

[60]) cf. S. 13 u. 14. Doeb. S. 17.

ergreifen werde, seiner Erbitterung gegen die Spanier Luft zu machen. d'Oysonville hatte in Einsiedeln erreicht, was unter den gegebenen Umständen Richelieu billigerweise von ihm verlangen konnte. —

Der Kurfürst geriet in peinliche Verlegenheit, als ihm Tanner, nach München zurückgekehrt, Bericht über seine Mission erstattete. Maximilian hatte gehofft, durch die Konferenz die Mittel und Wege zur Eröffnung der Konvente von Köln und Lübeck oder wenigstens zu einem Separatfrieden mit Frankreich zu erfahren, sowie die bindende Zusage zu erhalten, dass Richelieu bei der endgültigen Regelung der pfälzischen Angelegenheit für das Interesse Bayerns eintreten werde. Und nun war das wirkliche Resultat, dass Frankreich an ihn das Ansinnen stellte, einen langjährigen Waffenstillstand für die Reichsfeinde durchzusetzen, von dem er wusste,[61]) dass er zum sicheren Verlust ausgedehnter Strecken des deutschen Vaterlandes führe, ohne auf der anderen Seite eine genügende Gewähr für das Zustandekommen des allgemeinen Friedens zu geben; nun boten ihm die Franzosen Teile von Vorderösterreich, altösterreichisches Eigentum, zum Geschenke an in einer Zeit, da innige Eintracht zwischen dem Kaiser und den Fürsten die einzige Hoffnung für den Fortbestand des Reiches zu bieten schien.[61]) Es war dem Kurfürsten unmöglich, gerade in diesen zwei hauptsächlichen Punkten dem König von Frankreich zu willfahren. Aber wie sollte er ablehnen, ohne den Kardinal Richelieu zu verletzen, dessen Unterstützung ihm in der Kurfrage so nötig dünkte? Denn daran hielt Maximilian fest, dass die einzige sichere Garantie für seine neue Würde entgegen den antibayrischen Umtrieben innerhalb und ausserhalb des Reiches bei der Macht zu suchen sei, die ihm seiner Zeit in Regensburg und Mühlhausen dazu verholfen hatte.[62]) Und noch eine andere Sorge lag dem Kurfürsten auf der Seele: Schon tauchten da und dort Gerüchte von einem geheimen Abkommen

[61]) Instruktion für die bayr. Gesandten zum Kurfürstentag in Nürnberg. München, 1. Januar 1640. K. schw. 168/1. Original. cf. den Auszug aus dem Konzept bei Br. S. 90.

[62]) cf Egl. S. 33.

zwischen Bayern und Frankreich auf.[63]) Sollte es sich nicht empfehlen, wenigstens den Kaiser noch nachträglich in die Sache einzuweihen, ihm zu gestehen, dass man in der lauteren Absicht, die Mittel zum Frieden von Frankreich zu erkunden, auf den Vorschlag einer geheimen Besprechung eingegangen sei?

Maximilian befahl seinem Kanzler, indem er ihm die schriftliche Relation Tanners nach Nürnberg[64]) überschickte, ein Gutachten über diese Fragen nach München einzusenden. Richel äusserte sich darauf etwa folgendermassen[65]): Das Antwortschreiben an den französischen Deputierten ist in allgemeinen Ausdrücken zu halten. Von den „treuges" ist darin nichts zu erwähnen. Denn ein langjähriger Waffenstillstand, wie die Franzosen ihn wünschen, würde den Feinden nur die Musse verschaffen, sich in den eroberten Reichsgebieten festzusetzen. Aber damit noch nicht genug: Die Franzosen und Schweden würden sich während dieser Zeit noch enger unter einander verbinden, sie würden einen starken Rückhalt im Reiche selbst an den unzufriedenen Ständen finden, und schliesslich würde das höchste Kleinod, die Kaiserkrone, an eine der Fremdmächte übergehen. Ebenso ist der Punkt der „acquisita" in dem Schreiben an d'Oysonville mit Stillschweigen zu übergehen, da die Absicht der Franzosen, auf solche Weise Feindschaft zwischen Bayern und die damit eng verwandten Häuser Österreich und Lothringen zu säen, offen am Tage liegt. Wenn der König den ehrlichen Willen habe, dem Kurfürsten sein Wohlwollen zu bezeigen, so könne er dies am besten dadurch bethätigen, dass er sich verpflichte, ihn bei der Kur und den pfälzischen Landen „manuteniren und erhalten zu wollen". Dem Kaiser noch hinterher Nachricht von der Konferenz zu geben, widerrät Richel entschieden: Dadurch würde

[63]) Solche Gerüchte begannen bereits im Dezember 1639 zu kursieren, also zu einer Zeit, da d'Oysonville noch gar nicht in Einsiedeln angekommen war. Brief Maximilians an Bichi vom 15. Dezember 1639. K. schw. 312/8.

[64]) Richel befindet sich seit dem 10. Januar in Nürnberg als Gesandter Bayerns zum Kollegialtage.

[65]) „Memorial von Herrn Vizekanzler Richel über die von Herrn Tanner referirten Punkte." Nürnberg, Januar 1640. K. schw. 323/7 a.

man sich gleichsam selbst eines schlechten Gewissens anklagen. Dann ist auch zu bedenken: Was der Kaiser weiss, weiss der Graf Trautmannsdorf; dieser erzählt alles den Spaniern, und die Spanier werden die Kunde aller Welt mitteilen und bei ihrer bekannten Zuneigung zum Hause Bayern noch viel dazu „fingiren", um den Kurfürsten im ganzen Reiche ja recht verhasst zu machen. „Die suspiciones et rumores," meint er, „hätt man sich nit irren zu lassen," und wenn dennoch aus irgend welchen Anlässen später der Kaiser zum Mitwisser des Geheimnisses gemacht werden müsse, so wolle er schon Mittel und Wege finden, die Handlungsweise des Kurfürsten auch dann noch zu entschuldigen.

Diese Ausführungen Richels fanden den Beifall des Kurfürsten, und so unterblieb denn die Mitteilung an den Kaiser; Tanner aber schrieb an den Baron Oysonville, ohne über die Punkte, welche diesen zumeist interessierten, ein Wort zu verlieren[66]): Sein Herr habe sich, nachdem er den Gesandtschaftsbericht angehört, sowohl über die friedliebende Gesinnung des Königs als über die Versicherung von dessen Wohlwollen gegenüber der Person und dem Hause des Kurfürsten ausserordentlich gefreut und erwarte nun mit nächstem „lichtvollere Eröffnungen", wie zum Frieden zu gelangen sein möchte, um damit auf dem Nürnberger Kollegialtag hervortreten zu können. Auch sei der Kurfürst gerne bereit, ihn zu einer zweiten Konferenz abzuordnen.

Dieser Brief befriedigte natürlich auf französischer Seite keineswegs: d'Oysonville antwortete aus Basel,[67]) er vermisse in dem Schreiben Tanners Eröffnungen Ihrer Durchlaucht, um ein gutes Einvernehmen zwischen Bayern und Frankreich herstellen zu können. Eine Verständigung zwischen dem König und dem Kurfürsten würde nicht allein der ganzen Christenheit, sondern auch dem Kurfürsten selbst und seinem Hause zum besten gereichen. Dann fährt er fort: „Ihr werdet Euch erinnern, dass wir uns eines guten Mittels zur Beförderung des erwünschten und nützlichen Friedens verglichen, wie nicht weniger

[66]) München, 1. Februar 1640. K. schw. 323/7 a.
[67]) Basel, 19. Februar 1640. K. schw. 323/7 a.

eines Vortrages bei jetzigem Konvent zu Nürnberg. Damit man nun zum Frieden komme, finde ich nach langem Bedacht dasselbe einzig und allein und versichere Euch, dass Ihre Majestät eben auf diese Meinung gefallen."

Als Tanner daraufhin abermals nichts weiter entgegnete,[68]) als sein Souverain sei vertrauensvoller spezieller Mitteilungen im Punkte des Friedens gewärtig, schrieb ihm d'Oysonville[69]): Eine zweite Konferenz würde unnütz sein, wenn „der Kurfürst sich nicht belieben liesse, Euch etwas Wichtigeres und Wesentlicheres als das erste Mal aufzutragen." —

Wir dürfen uns an dieser Stelle für einige Zeit von der Betrachtung der Friedens- und Hauspolitik, welche Bayern der Krone Frankreich gegenüber insgeheim aufgenommen hatte, abwenden, um uns nach den Vertretern des Kurfürsten Maximilian auf dem Nürnberger Kollegialtage umzusehen. Nachdem nämlich die Franzosen jetzt zur Erkenntnis gelangt sind, dass es ihnen ungeachtet der Gunst der Verhältnisse, ungeachtet auch der Zuhilfenahme bedeutender Verheissungen vor der Hand unmöglich sein werde, den Kurfürsten von der Seite des Kaisers loszureissen, beginnt ihr Interesse an einer zweiten Besprechung mit einem bayrischen Deputierten zu erkalten. Desto eifriger bemüht sich Maximilian, fast genau von dem nämlichen Zeitpunkte ab, eine neue Konferenz mit d'Oysonville zu stande zu bringen. Denn nunmehr war er in der Lage, die Verhandlungen, die er bisher auf eigene Faust geführt hatte, mit Wissen und im Auftrage des Kaisers und Kurfürstenkollegiums fortzusetzen. —

[68]) München, 7. März 1640. K. schw. 323/7a.
[69]) Basel, 27. März 1640. K. schw. 323/7a.

# Die bayrische Politik in den Jahren 1640–1645.

## 2. Kapitel.

## Die bayrische Politik während des Kurfürstentages von Nürnberg 1640.

# Quellen.

**Kgl. Bayr. Geheimes Staatsarchiv,** Kasten schwarz, 167/9, 167/10 und 168/1 Nürnberger Kollegialtagsakten; 323/7 a Akten die Einsiedler Konferenz betreffend; 168/13 Briefwechsel mit Vizekanzler Richel; 312/8 Korrespondenz mit dem Kardinal Bichi.

# Literatur.

**Brockhaus,** Der Kurfürstentag zu Nürnberg im Jahre 1640.
**Winter,** Geschichte des dreissigjährigen Krieges. Onckensche Sammlung.
**Ranke,** Französische Geschichte, vornehmlich im 16. und 17. Jahrhundert.
**Koch,** Geschichte des deutschen Reiches unter der Regierung Ferdinands III.
**von Egloffstein,** Bayerns Friedenspolitik von 1645—1647.
**Doeberl,** Bayern und Frankreich, vornehmlich unter Kurfürst Ferdinand Maria.

Am nämlichen Tage, an welchem die Einsiedler Konferenz ihren Anfang nahm,[1]) am 10. Januar, waren vier bayrische Räte, darunter Vizekanzler Richel als Stimmführer, in Nürnberg eingetroffen,[2]) um an dem Friedenswerk mitzuarbeiten, dessen Anbahnung die vornehmste Aufgabe des Kurfürstentages bilden sollte. Wie ist der ersehnte Friede durch gütliche Unterhandlungen mit den Reichsfeinden zu erlangen? Wie können die Franzosen und Schweden durch Waffengewalt zum Frieden gezwungen werden? Was ist zu thun, wenn weder das eine, noch das andere Mittel zum Ziele führt? Dies waren die drei wichtigsten Fragen, welche die Mainzer den kurfürstlichen Gesandten zur Beantwortung vorzulegen gedachten.[3])

Es verdient ausdrücklich hervorgehoben zu werden, dass man auf bayrischer Seite an der Möglichkeit verzweifelte, das Reichsheer in eine Verfassung versetzen zu können, die es befähigte, die Franzosen und Schweden aus dem Felde zu schlagen und also zum Frieden zu nötigen.[4]) Nach der bayrischen Auffassung, wie sie sowohl aus der Instruktion für die Gesandten zum Kollegialtag, als auch aus zahlreichen Äusserungen des Kurfürsten und seiner Diplomaten hervorgeht, stand zum Frieden mit den auswärtigen Kronen nur noch der eine Weg offen, dass man sie in Güte zur Eröffnung von Verhandlungen bewog und ihnen „leidenliche conditiones pacis“ bewilligte.

Allein Kurfürst Maximilian und Richel waren überzeugt, dass allen Bemühungen um die Herstellung des äusseren Friedens die nötige Grundlage fehle, solange Uneinigkeit und Misstrauen

[1]) Vgl. 1. Kap. S. 17.

[2]) Brockhaus S. 95 Anm. u. 103 f. Anm.

[3]) Br. S. 94 Anm. u. S. 104.

[4]) Vgl. Egloffstein S. 62 und 72. Eine vereinzelte Äusserung Richels, welche dem Gesagten zu widersprechen scheint, erwähnt Br. S. 250.

die Glieder des Reiches selber getrennt hielten.[5]) Sie erklärten es deshalb für die erste Aufgabe der Nürnberger Versammlung, durch Zuziehung von Abordnungen der kreisausschreibenden Fürsten den Kollegialtag zu erweitern, durch Anwendung jedes Mittels Eintracht und Vertrauen zwischen den fürstlichen und kurfürstlichen Höfen zu stiften und dahin zu wirken, dass die Kreisfürsten sich bereit erklärten, alle im eigenen Lande irgendwie entbehrlichen Streitkräfte zum Reichsheere stossen zu lassen, sowie sich mit den Kurfürsten über eine Kontribution zu einigen.[6]) Und jetzt, nachdem die wichtigsten Glieder des Reichs geeint sind, gilt es Front zu machen gegen die kaiserliche Regierung und Politik: Die kurfürstlichen und fürstlichen Vertreter müssen mit vereinten Kräften in Ferdinand dringen, die Misstände endlich zu beseitigen, welche seit Jahren im Heerwesen eingerissen sind,[7]) vor allem aber, der Rücksichtnahme auf die Spanier sich zu entschlagen, ihren Einfluss vom Hofe zu verbannen und eine entschiedene Reichspolitik zu ergreifen. Nunmehr, wenn Kaiser und Reich einmütig zusammenstehen, wenn das Heer soweit gestärkt und reorganisiert ist, dass es sich so lange im Feld in Defensive zu halten vermag,[8]) bis es gelungen sein wird, die Unterhandlungen mit den Feinden zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen, dann erst ist es Zeit, die Herstellung des Friedens mit dem Auslande in Angriff zu nehmen, indem man durch ein Kollegialschreiben der Gesandten, das der Papst auf Ersuchen der katholischen Kurfürsten unterstützen wird,[9]) die Franzosen um Eröffnung des Kölner Kongresses ersucht.

Denn, haben sich erst diese bereit erklärt, der Einladung Folge zu leisten, so werden die Schweden, müde des Krieges,

[5]) „Instruktion, so auf den kurfürstlichen Kollegialtag nach Nürnberg den kurfürstlichen Herrn Deputierten geben, hernach auch auf dem Reichstag zu Regensburg gebraucht worden." München, 1. Januar 1640. Original. K. schw. 168/1. Auszug aus dem Konzept bei Br. S. 84 ff.

[6]) Vgl. Br. S. 109 u. 172.

[7]) Vgl. Koch S. 162 f.

[8]) Vgl. Br. S. 85.

[9]) Vgl. Br. S. 126.

wie sie sind,[10]) aus freien Stücken nach Lübeck kommen. Ihnen wird der Kaiser, unbekümmert um den etwaigen Protest Kurbrandenburgs als des rechtmässigen Eigentümers,[11]) Vorder- oder Hinterpommern samt Rügen als willkommenen Friedenspreis anbieten, den Franzosen aber wird dann, wenn sie nicht Gefahr laufen wollen, isoliert zu werden, nichts übrig bleiben, als sich gleichfalls mit annehmbaren Bedingungen abfinden zu lassen.

Doch was ist zu thun, wenn es nicht glücken sollte, die Feinde zur Eröffnung der offiziellen Friedenskongresse zu bewegen, oder, wenn die Verhandlungen zu Köln und Lübeck zwar aufgenommen werden können, aber aus irgend welchem Grunde sich zerschlagen? Auch auf diese Frage weiss die bayrische Regierung eine Antwort zu geben: In diesem Falle muss man suchen, wenigstens mit einer der beiden Fremdmächte den Frieden herzustellen, den französisch-schwedischen Vertrag vom März 1638[12]) zu sprengen, in welchem die Kronen Frankreich und Schweden sich gegenseitig versprochen haben, nur gleichzeitig mit Kaiser und Reich zu verhandeln und abzuschliessen.

Von der Krone Schweden einen Separatfrieden zu erhalten, wird unschwer gelingen, wenn der Kaiser die partikularen Unterhandlungen, in die er durch Vermittelung der Grafen Schlick und Gallas mit Baner eingetreten ist, fortsetzt und ihnen Land und Leute in Pommern anbietet. Schwieriger, doch nicht unmöglich dürfte es sein, die Franzosen einem Sonderfrieden geneigt zu machen. Man hätte sich dabei zu erinnern, dass der Kaiser vor geraumer Zeit an den Gubernator von Mailand schrieb, er könne Frieden haben mit Frankreich, wenn er die Spanier im Stiche lassen wolle. Möglich, dass Richelieu auch jetzt noch sich bereit finden lässt, unter dieser Bedingung Frieden zu machen. Dann müssen die Stände des Reiches in Kaiser Ferdinand dringen, dass er dem König Ludwig die Zusage gibt, Spanien inskünftig auf keine Weise zu unterstützen.

[10]) Ranke S. 480.
[11]) Winter S. 530.
[12]) Br. S. 33.

Von den Franzosen darf man dann erwarten, dass sie zum Dank für die Neutralität von Kaiser und Reich im spanisch-französischen Kriege Breisach und ihre Eroberungen auf dem linken Rheinufer restituieren. Sollte sich aber Richelieu zu diesem Friedensmittel nicht mehr verstehen oder der Kaiser nicht zu bewegen sein, das erwähnte Versprechen zu machen, so bliebe als zweiter Weg ein Waffenstillstand von kürzerer Dauer übrig, um während dessen neue Friedensbedingungen zu erkunden. —

Am 3. Februar, also fast zwei Monate später als beabsichtigt gewesen war, nahm der Kurfürstentag seinen Anfang,[13]) und alsbald machten sich die Bayern daran, die eben entwickelten, zum grössten Teil von ihrem Mitgesandten Richel stammenden Pläne[14]) zu verwirklichen.[15]) Es galt vor allem, durch die Berufung von Abordnungen der Kreisfürsten nach Nürnberg zur „rechten Vereinigung von Haupt und Gliedern", zur „coniunctio animorum et armorum imperatoris et statuum" zu gelangen[16]) und dadurch eine Basis für die weiteren Beratungen herzustellen. So beantragten sie denn am 6. Februar, in der ersten Sitzung, in welcher über den Friedenspunkt gesprochen wurde, aufs lebhafteste unterstützt von den Gesandten des nahverwandten Kölner Kurhauses, die Erweiterung des Kollegialtages durch Zuziehung von Deputationen der kreisausschreibenden Fürsten.[17]) Es gelang ihnen auch, einen Beschluss durchzusetzen, worin die Mainzer aufgefordert wurden, die Beschreibung vorzunehmen.[18]) Allein misstrauisch gemacht durch das umlaufende Gerücht vom Abschlusse eines bayrisch-französischen Bündnisses sowie durch eine Äusserung Richels über die Zweckmässigkeit eines Waffenstillstandes mit den Reichsfeinden weigerten sich die mainzischen Abgeordneten, die Einladungen ohne spezielle Zustimmung ihres Souveräns ergehen zu lassen. Dieser wiederum erklärte, als seine Ge-

[13]) Br. S. 103. Vgl. 1. Kap. S 10.
[14]) Vgl. Br. S. 75.
[15]) Vgl. mit dem Folgenden Br. Kap. 5.
[16]) S. 5 f.
[17]) Br. S. 108 f. und 172. Vgl. Anm. 52.
[18]) Br. S. 109.

sandten ihm die Gründe eröffneten, weshalb sie von ihrem Recht keinen Gebrauch gemacht und die Berufung nicht auf eigene Faust vorgenommen hatten, er könne nicht finden, dass er befugt sei, dem Wunsche des Kollegiums ohne Einwilligung des Reichsoberhauptes zu willfahren.[19]) Der Kaiser aber erklärte sich auf ein Gutachten der kurfürstlichen Gesandten, welches ihn ersuchte, die Beschreibung zu gestatten, für die Berufung eines Reichstages[20]), ein Vorschlag, welchem anfangs Mai das gesamte Kollegium endgültig zustimmte.[21])

Kurfürst Maximilian hatte sich aus zwei Gründen mit dem Wunsche des Kaisers einverstanden erklärt: Erstens nämlich hatte Ferdinand, indem er für die Berufung eines Reichstages eintrat, die Fürsten hinter sich;[22]) dann aber war inzwischen die Ursache weggefallen, welche Maximilian veranlasst hatte, die Zuziehung der Kreisfürsten zu beantragen. Er hatte schon ehedem erkannt, dass die innere Eintracht in umfassender Weise allein auf einem Reichstage, wo alle Stände vertreten waren, hergestellt werden könne. Nur um Zeit zu sparen, um dem bedrängten Vaterlande einige Monate früher zu der Segnung des Friedens zu verhelfen, hatte er eine Art von Deputationstag[23]) beantragen lassen. Allein das Mainzer Direktorium wie auch der Erzkanzler selbst hatten es abgelehnt, die bereits fertig vorgelegten Einladungsschreiben[24]) an die Kreisfürsten zu versenden und das Kollegium an den Kaiser verwiesen. Nachdem sich dieser für einen Reichstag unter Abkürzung des herkömmlichen Eröffnungstermines von sechs Monaten erklärt hatte,[25]) hielt es Maximilian für das beste, mit den anderen Kurfürsten dem Begehren des Kaisers zuzustimmen und die Berufung eines Reichstages für den Monat Juli gutzuheissen. Er überlegte, dass die von ihm beantragte Versammlung kaum

[19]) Br. S. 174 f.
[20]) Br. S. 177 f.
[21]) Br. S. 185.
[22]) Br. S. 184.
[23]) Br. S. 178.
[24]) Br. S. 174.
[25]) Br. S. 178 und 185.

in kürzerer Frist zu stande gebracht werden konnte, nachdem es galt, zuvor in zeitraubenden Verhandlungen den vom Kaiser dagegen erhobenen Widerspruch zu beseitigen. —

Nicht minder tief als in München hatte man sich am Hofe Johann Georgs von Sachsen überzeugt, dass in Nürnberg vor allen Dingen die innere Eintracht hergestellt werden müsse. Aber man war in Dresden auf ein anderes Mittel verfallen:[26]) Am 6. Februar, also an eben dem Tage, an welchem die Bayern die Beschreibung der Kreisfürsten vorschlugen,[27]) beantragten die sächsischen Gesandten im Einverständnis mit den Brandenburgern, das Kollegium möge den Kaiser ersuchen um eine allgemeine, bis ins Jahr 1618 zurückreichende Amnestie, von der nur die pfälzische Sache ausgenommen sein solle.[28])

Es versteht sich, dass die Abgeordneten der drei[29] katholischen Kurfürsten von diesem Vorschlage nichts wissen wollten. Bedeutete er doch wegen der damit verbundenen Restitutionen geistlicher Güter eine empfindliche Schädigung ihrer Kirche.[30]) So kam denn am 21. Februar, nachdem man im Kollegium nahezu vierzehn Tage über den Gegenstand beraten hatte, ein zwiespältiges Gutachten zu stande: die Vertreter Sachsens und Brandenburgs waren für eine ausgedehnte, die von Bayern, Köln und Mainz für eine beschränkte Amnestie.[31]) Nun aber vollzog sich, nachdem der Punkt in den Sitzungen bereits abgethan war, eine bedeutungsvolle Wandlung: Kurfürst Maximilian liess den sächsischen Gesandten durch Richel im Vertrauen eröffnen, er sei bereit, für ihren Antrag einzutreten und erbötig, Köln und Mainz umzustimmen, wenn Sachsen die Garantie übernehme, dass die protestierenden Stände, vor allem der niedersächsische Kreis und Hessen-Kassel, nach erfolgter Generalamnestie ihre Kriegsvölker zu der kaiserlichen Armee stossen lassen würden.[32])

[26]) Br. S. 109.
[27]) cf. S. 8.
[28]) Br. S. 109, 115, 121.
[29]) cf. S. 19.
[30]) Br. S. 241.
[31]) Br. S. 119, 120.
[32]) Br. S. 122, 243.

Wie wichtig ist doch dieser Befehl für die Beurteilung Maximilians nach der politischen wie nach der konfessionellen Seite hin! In einem Zeitpunkte, da er noch hoffen durfte, dass die Einigung Deutschlands in Bälde auf dem von ihm selber vorgeschlagenen Wege gelingen werde, entschloss sich der Kurfürst, gegen die erwähnte Versicherung Sachsens eine Massregel zu befürworten, die mit einem beträchtlichen Schaden der katholischen Kirche verbunden war, um mit desto grösserer Gewissheit jenes Ziel zu erreichen, welches ihm als die unerlässliche Vorbedingung des Friedens erschien.

Die Gesandten Johann Georgs waren natürlich über die Sinnesänderung Maximilians sehr erfreut, um so mehr, als es demselben gelang, die Bedenken zu zerstreuen, welche Mainz und Köln gegen die Unterstützung des sächsischen Antrages erhoben hatten.[33]) Auch fand sich das Direktorium bereit, den Amnestiepunkt wieder auf die Tagesordnung zu setzen.[34]) Allein die von dem Kurfürsten von Sachsen geforderte Erklärung liess von Woche zu Woche auf sich warten.[35]) Diese Thatsache wird erklärlich, wenn man erfährt, dass Metsch[36]) gar nicht im Sinne seiner Regierung gehandelt hatte, als er eine so allgemeine und auf so frühe Jahre zurückreichende Amnestie in Vorschlag brachte, sondern im Uebereifer mehr aus seiner Instruktion herausgelesen hatte, als sie besagen wollte.[37]) Indes hüteten sich die sächsischen Abgeordneten, die Bayern von dem Zwiespalt etwas merken zu lassen, in den sie mit der Absicht ihres Gebieters geraten waren. Sie hofften, man werde sich in Dresden um des grossen Dienstes willen, welcher jetzt der protestantischen Sache erwiesen werden konnte, eines Besseren besinnen und die gewünschte Versicherung doch noch abgeben. Mit Unrecht. Denn als Maximilian im Juni den Amnestiepunkt nochmals im Kollegium zur Sprache bringen

---

[33]) Br. S. 245.
[34]) Br. S. 246.
[35]) Br. S. 244.
[36]) Sächsischer Prinzipalgesandter, Br. S. 103.
[37]) Br. S. 121.

liess,[38]) um die einträchtige Vereinigung der Reichsglieder, welche bereits in den ersten Monaten des Nürnberger Tages hätte bewerkstelligt werden sollen, wenigstens noch an seinem Ende, gleichsam als Vorarbeit für den geplanten Reichstag, zu stande zu bringen, auch da schwieg die sächsische Regierung stille und nahm so den drei katholischen Kurfürsten die Möglichkeit, weiterhin für die Sache etwas zu thun. —

Die Reihenfolge der Begebenheiten versetzt uns abermals zurück in den Februar. Nachdem nämlich durch den zwiespältigen Beschluss vom 21. dieses Monats[39]) der sächsische Antrag einer Generalamnestie abgethan zu sein schien, begannen die kurfürstlichen Gesandten am 22. im allgemeinen darüber zu beraten, wie der Friede mit dem Auslande in die Wege geleitet werden könne.[40]) Man gab sich eben im Kollegium der Hoffnung hin, der Erzbischof von Mainz werde in den nächsten Tagen in die Berufung der Kreisfürsten willigen, der „Extraordinaritag“[41]) werde dann in einigen Wochen versammelt sein und nachträglich noch die innere Eintracht stiften, die allgemein als die notwendige Grundlage der Beratungen über die Anbahnung des äusseren Friedens anerkannt wurde.[42])

Bayern regte in der genannten Sitzung einen mehrmonatlichen Waffenstillstand mit Frankreich und Schweden an.

Wir erinnern uns, wie pessimistisch Kurfürst Maximilian über die Lage der kaiserlichen Partei im Sommer und Herbst 1639 dachte.[43]) Der Wiedereröffnung der Feindseligkeiten im Frühjahr 1640 blickte er schon im Januar vollends mit der grössten Besorgnis entgegen: Die Türken nahmen im Osten eine immer drohendere Haltung an,[44]) die Franzosen, fürchtete er, würden auf die Nachricht vom Abschlusse des Ebersdorfer

[38]) Br. S. 255
[39]) S. 10.
[40]) Gesandtschaftsbericht vom 24. Februar K. schw. 167 9. Br. S. 125.
[41]) Br. S. 178.
[42]) Br. S. 109.
[43]) cf. 1. Kap. S. 6.
[44]) Br. S. 101 Anm. und 106.

Vertrages mit um so grösserer Macht ins Feld rücken,[45]) und Hessen-Kassel sowie Braunschweig-Lüneburg machten Miene, förmlich auf die Seite der Reichsfeinde überzutreten.[46]) Obendrein standen neue Neutralitätserklärungen bevor.[47]) Aber angenommen auch, dass es der Nürnberger Versammlung gelang, diese Stände von ihrem Vorhaben abzubringen und sogar die Streitkräfte des niedersächsischen Kreises[48]) dem kaiserlichen Heere wieder zuzuführen: wie durfte man hoffen, sich gegen einen vierfachen Feind, gegen Franzosen, Schweden, Türken und Deutsche, zugleich halten zu können! Kein Zweifel, der Tag der „äussersten Extremität" brach in kurzem an, und das römische Reich kam „unter der fremden Nationen Dominat und Servitut!"

Um diesem Aeussersten vorzubeugen, schrieb Maximilian an seine Gesandten nach Nürnberg,[49]) gibt es nur ein einziges Mittel: Einen schleunigen Waffenstillstand von mehreren Monaten, um den die Kurfürsten im Verein mit dem Kaiser sich aus allen Kräften bei den Franzosen und Schweden bemühen müssen. Wohl wird es Schwierigkeit machen, Sachsen und Brandenburg, welche Kriegsvölker in ihren Landen haben, für den Gedanken zu gewinnen. Allein ihnen muss zur Erkenntnis gebracht werden, dass es besser ist, für einige Monate die Last eines Heeres zu ertragen, als alles zu verlieren. Kein Leichtes wird es darauf, wenn die Kurfürsten zugestimmt haben, sein, den Kaiser, dem seit geraumer Zeit Baner in Böhmen liegt,[50]) zur Einwilligung zu bewegen. Ihn für den Plan zu gewinnen, muss das Kollegium insgesamt erklären, es werde für den Fall, dass Ferdinand sich ausschliesse, allein den Waffenstillstand eingehen. Dann wird auch der Kaiser nachgeben, damit nicht „die Kriegeslast auf ihn allein wachse." Wenn aber das Oberhaupt des Reiches

[45]) Br. S. 151.
[46]) Br. S 206 f.
[47]) Br. S. 156.
[48]) Br. S. 206.
[49]) „Discurs und Vorschlag eines Armistitii mit den Feinden." München, 1. Febr. 1640. K. schw. 167/9. Vgl. S. 8. Br. S. 156 f.
[50]) Koch S. 159 und 206 f.

und die Kurfürsten geschlossen in die Franzosen und Schweden dringen, so darf man hoffen, dass der begehrte Waffenstillstand wirklich erreicht wird. Dann vermögen die Feinde in diesem Jahre „nicht mehr, etwas Sonderbares zu tentirn", man hat Zeit gewonnen, und Zeit bringt Rat oder, um mit den Worten des Kurfürsten zu reden, „gar oft unvorhergesehene Aenderung und Sublevation." Aber bei emsigem Bemühen und redlichem Willen kann die Waffenruhe noch köstlichere Früchte zeitigen: Nie bietet sich eine günstigere Gelegenheit, erträgliche conditiones pacis zu „erheben". Indem man diese unverweilt erfüllt, kann das Reich vom Stillstand hinübergeführt werden zum dauernden Frieden.

Die Art nun, wie Richel versuchte, die Aufgabe zu lösen, die ihm bei der Verwirklichung dieser weit ausschauenden Gedanken zufiel, möge als bezeichnend gelten für den praktischen Blick, die Klugheit und Umsicht des merkwürdigen Mannes, der mit und neben seinem Gebieter in jenen schweren Zeiten die Seele der bayrischen Politik gebildet hat.

Er versicherte sich zunächst in Privatgesprächen der Zustimmung seiner Glaubensgenossen[51]) und zwar vor allem der Kölner, die ja wegen der Blutsverwandtschaft ihres Kurfürsten mit Maximilian die natürlichen Vertrauten der bayrischen Gesandten waren.[52]) Dann deutete er in der Sitzung vom 22. Februar in verblümter Weise auf den Waffenstillstand hin.[53]) Und als er bei dieser Gelegenheit die Vermutung seines Herrn bestätigt fand, als die Sachsen und Brandenburger sich dem Plane abgeneigt zeigten, da überredete er seine Freunde, die Kölner, sich ins Quartier Metschs zu begeben und ihm eindringlich vorzustellen, dass seine Weigerung vielleicht den Untergang des Reiches nach sich ziehen könne. Er glaubte, den von den sächsischen Abgeordneten eingenommenen Standpunkt selber nicht bekämpfen zu dürfen — mit Rücksicht auf

[51]) Br. S. 156 und 174.

[52]) Kurfürst Ferdinand von Köln war ein Bruder Maximilians.

[53]) Gesandtschaftsbericht vom 28. Februar. K. sch. 167/9. Vgl. Br. S. 156 f.

die noch unerledigte pfälzische Angelegenheit.[54]) Denn es stand bei ihm fest, dass Bayern bis zur endgültigen Erledigung der Kurfrage, wo nur immer möglich, vermeiden müsse, sich irgendwie mit den protestantischen Mächten im Kurkollegium in Widerspruch zu setzen, damit ja in ihnen nicht der Wunsch nach der Restitution des Pfalzgrafen aufkeime. Als nun aber die Sachsen den kölnischen Gesandten bedeuteten, es sei ihnen unmöglich, einem längeren Waffenstillstande zuzustimmen, und erklärten, „diejenigen, so den Feind nicht in ihren Landen, hätten gut davon sagen“,[55]) da war für Richel die Sache auch erledigt und abgethan. Denn es schien ihm, wie seinem Kurfürsten, undenkbar, dass der Kaiser, geschweige denn die Franzosen und Schweden, für den Waffenstillstand gewonnen werden konnten, wenn schon im Kurkollegium keine Einmütigkeit bestand. —

Die Vorbesprechung der Frage: Wie ist zum Frieden mit den auswärtigen Mächten zu kommen? war am 26. Februar beendet — und immer noch hatte man sich der Eintracht im Innern nicht um einen Schritt genähert. Gleichwohl machten sich die kurfürstlichen Gesandten, der Zustimmung Anselm Casimirs[56]) zur Berufung der Kreisfürsten täglich, ja stündlich gewärtig, am 27. an die Lösung ihrer Hauptaufgabe, indem sie zu beratschlagen begannen, wie im speziellen der Friede mit den Kronen Schweden und Frankreich angebahnt werden könne.[57]) Und zwar fasste das Kollegium auf Wunsch des Kaisers[58]) zuerst ein Separatabkommen mit Schweden ins Auge.[59])

Es handelte sich nämlich während dieser Wochen, in denen man im Reiche allgemein die Kriegserklärung des Sultans befürchtete,[60]) für Ferdinand III. vor allem darum, rasch, noch vor dem Wiederbeginn des Feldzuges, sich wenigstens des einen oder des andern von seinen zwei alten Gegnern zu ent-

---

[54]) cf. Br. S. 118 Anm. 15.
[55]) Gesandtschaftsbericht vom 2. März K. schw. 167/9.
[56]) Name des Mainzer Kurfürsten.
[57]) Br. S. 127.
[58]) Br. S. 143.
[59]) Gesandtschaftsbericht vom 2. März. K. schw. 167/9.
[60]) Vgl. S. 12.

ledigen.[61]) Deshalb schickte er Mitte Februar den Reichsvizekanzler Grafen Kurz nach München, um sich zu erkundigen, ob dem Kurfürsten von Bayern „nicht einziger Weg beifallen möchte, wie man mit Frankreich zu was Traktaten gelangen könnte“;[62]) deshalb ersuchte er die Nürnberger Versammlung, ungesäumt sich um einen Sonderfrieden mit den Schweden zu bemühen. Und gerade auf eine rasche Verständigung mit diesen machte sich der Kaiser die grösste Hoffnung: Er kannte die Kriegsmüdigkeit des schwedischen Volkes;[63]) er wusste aus einer Aeusserung, die der dänische Graf Penz im Februar 1639 gemacht hatte,[64]) dass Salvius und die Reichsräte der Krone Schweden damals bereit gewesen wären, vom Bündnisse mit Frankreich abzufallen, wenn sie nur einer entsprechenden Entschädigung hätten versichert sein können; er glaubte endlich im Hinblick auf die umlaufenden Gerüchte, welche vom Ausbruche ernster Misshelligkeiten zwischen den zwei Bundesgenossen zu melden wussten,[65]) annehmen zu dürfen, dass die leitenden Kreise in Schweden auch jetzt noch zu dem Schritte sich entschliessen würden, von dem sie ein Jahr zuvor dem dänischen Grafen gegenüber gesprochen hatten. Dass aber die Wünsche der Schweden hauptsächlich auf die Abtretung pommerschen Gebietes mit besonderer Einwilligung Brandenburgs abzielten, dies war seit dem Sommer 1638 dem Kaiser wie den Kurfürsten wohl bekannt.[66])

So bestand denn die Aufgabe der Versammlung in Nürnberg darin, Brandenburg zur Ueberlassung eines hinreichenden Stückes von seinem pommerschen Erbe[67]) zu bestimmen. Und wirklich erklärte der brandenburgische Votant Dr. Fritze, gestützt auf einen unlängst eingetroffenen Befehl des leitenden

---

[61]) Br. S. 101 Anm. 51.

[62]) Br. S. 159 Anm. 29. „Copia Anbringens des kaiserlichen Abgesandten, Graf Ferdinand Sigmund Kurzens.“ K. schw. 167/9.

[63]) Vgl. S. 6 f.

[64]) Br. S. 36.

[65]) Br. S. 41 und 127.

[66]) Br. S. 147 und 130 Anm. No. 8.

[67]) Winter S. 530.

Ministers Georg Wilhelms, des Grafen Schwarzenberg, im Kollegium Ende März, sein Herr sei um des lieben Friedens willen bereit, Stralsund und Rügen als Hypothek abzutreten, wenn ihm dafür „ein anderes aequipollens und zwar an Land dagegen gegeben und eingeräumt werde.“ [68]) Jedermann im Kollegium gab zu, dass Georg Wilhelm mit Fug und Recht auf einer gleichwertigen Entschädigung bestand, aber ebenso konnten die Gesandten nicht umhin, dem bayrischen Vizekanzler Richel beizustimmen, als er erklärte, dass an eben dieser Bedingung Brandenburgs der ganze Plan eines Friedens mit Schweden scheitern müsse. [69]) Nirgends im Reiche war ja herrenloses Land, und wenn schon Kurbrandenburg auf Kosten eines zweiten schadlos gehalten wurde, so entstand auf diese Weise Klage über Klage und ein nimmer endender Kreis von Entschädigungen: Nach langen vergeblichen Beratungen sah man sich am 25. April genötigt, den wichtigen Punkt der „schwedischen Rekompens“ von der Tagesordnung abzusetzen. [69]) —

In den ersten Tagen des April, also in einer Zeit, da die Beratung über die pommersche Frage noch nicht beendet war, legte sich das Kollegium die bedeutsamste Frage vor, die es in Nürnberg überhaupt beantworten sollte, die Frage, wie zum Generalfrieden zu kommen sei. [70])

Es war dies nach der übereinstimmenden Anschauung der Gesandten nur möglich vermittelst der offiziellen Kongresse von Köln und Lübeck. Dorthin aber, hatte Richelieu erklärt, würden die Franzosen und Schweden ihre Bevollmächtigten nicht abordnen, wenn nicht vor allem die Pässe für ihre Verbündeten in der gewünschten Form ausgefertigt seien.

Wie nun sollten es die kurfürstlichen Gesandten anstellen, um den widerstrebenden Kaiser zur Nachgiebigkeit in diesem Punkt zu bewegen? Man muss ihm zu bedenken geben, lautete die bayrische Antwort, [71]) dass dann, wenn die Geleitsbriefe in

[68]) Br. S. 138 f. Gesandtschaftsbericht vom 20. März. K. schw. 167/9.
[69]) Br. S. 142.
[70]) Br. S. 143 ff.
[71]) Gesandtschaftsbericht aus Neyenmark, 9. April. K. schw. 167/10.

der begehrten Fassung ausgestellt sind, den Franzosen und Schweden nichts übrig bleiben wird als wirklich den Universaltraktaten einen Anfang zu machen. Sollte aber Frankreich dennoch den Kongress in Köln unbeschickt lassen, so hat man wenigstens „der ganzen Welt zu erkennen gegeben, dass es ex parte Ihrer kaiserlichen Majestät nicht ermangelt habe." Zum mindesten kommt man dann dem Frieden mit Schweden näher, da ja Herzog Julius Heinrich von Sachsen-Lauenburg den kurfürstlichen Gesandten die Mitteilung hat zugehen lassen, dass Schweden nach erfolgter Ausstellung der Pässe in der verlangten Form „alsofort zu den Traktaten treten wollte, wann schon auch an Seiten Frankreichs ferner Cunktation gesucht würde."

Entsprechend diesen Ausführungen Richels kam denn auch ein einhelliges Gutachten zu stande, welches den Kaiser ersuchte, im Punkte der Passbriefe den Forderungen der auswärtigen Kronen zu willfahren.[72]) Allein die Bitte der kurfürstlichen Gesandten war ohne Erfolg: Ferdinand liess es sich zur Warnung dienen, dass er im Jahre 1638 bei den Schweden durch sein Entgegenkommen bezüglich der Geleitsbriefe gar nichts erreicht hatte.[73]) Und hinsichtlich der Franzosen erkannte er sehr richtig, dass ihre Wünsche wegen der Pässe nichts anderes waren als Schikanen, die Richelieu ersonnen hatte, um den Krieg möglichst in die Länge zu ziehen.[74]) Ihnen nachzugeben, glaubte der Kaiser, verwehre ihm die Rücksicht auf seine Würde. —

Wir müssen an dieser Stelle noch eines wichtigen, aus rein bayrischer Quelle stammenden Friedensplanes gedenken.[75]) Wie Kurfürst Maximilian im Anfange des Kollegialtages, als es sich um die Herstellung der ersehnten inneren Einheit handelte, sowohl selbst ein Mittel vorgeschlagen als auch sich entschlossen hatte, für die von Sachsen angeregte Generalamnestie — freilich unter einer Voraussetzung — einzutreten:[76]) ebenso begnügte

[72]) Br. S. 146.
[73]) Br. S. 145 und 33 f.
[74]) Vgl. Koch S. 31.
[75]) Br. S. 201 ff.
[76]) cf. S. 10 ff.

sich die bayrische Regierung jetzt, da man dem grossen Ziele des Universalfriedens entgegenarbeitete, nicht damit, den Kaiser in einem Gesamtgutachten der kurfürstlichen Abgeordneten um die richtige Ausfertigung der Geleitsbriefe anzugehen; sie trat noch mit einem eigenen Friedensprojekte hervor.

Man kannte nämlich in München eine Aeusserung des päpstlichen Nuntius zum Kaiserhofe des Inhalts, Richelieu werde seine Vertreter nicht früher nach Köln senden, als bis der Erzbischof von Trier, der wegen Hochverrates seit 1635 zu Wien gefangen sass,[77]) in Amt und Würde wieder eingesetzt wäre. Von dieser Erklärung des päpstlichen Gesandten ausgehend liess der bayrische Kurfürst in der Sitzung vom 20. März beantragen, das Kollegium möge den Kaiser bitten, dem König Ludwig durch den Papst versichern zu lassen, dass er die Restitution des Erzbischofs gleich nach dem Eintreffen der französischen Bevollmächtigten in Köln vornehmen werde. Von dem Wunsche beseelt, den alten Bundesgenossen möglichst bald aus seiner peinlichen Lage zu befreien, wird Richelieu, so dachte Maximilian, nach dem Eintreffen dieser kaiserlichen Zusage in Paris unverweilt seine Abgeordneten zum Kongress schicken; die Schweden werden dann gleichfalls nicht weiter auf der Abänderung der Pässe bestehen und in Lübeck erscheinen. Und wenn erst die offiziellen Friedensversammlungen einmal eröffnet sind, so ist auch zu hoffen, dass man ohne Erfolg nicht mehr von einander scheiden wird.

Allein acht Tage, nachdem Richel dem Kollegium den Vorschlag unterbreitet hatte, überschickte Maximilian seinem Kanzler den Befehl, den Antrag vom 20. März wieder zurückzuziehen.[78]) Der Kurfürst hatte nämlich bei reiflichem Nachdenken in seiner Rechnung einen Fehler gefunden: Wenn die Krone Frankreich erfährt, dass sie durch die Abordnung von Gesandten an den Kongressort die Wiedereinsetzung des Erzbischofs von Trier bewirken kann, heisst es in dem Schreiben vom 28. März, so wird sie zwar „ihre plenipotentiarios bald

[77]) Ranke S. 461. Winter S. 514 und 526.
[78]) Befehl vom 28. März. K. schw. 167/9.

nach Köln schicken und die der kurtrierschen Restitution halber vorgesetzte conditio adimplieren, hernächst aber, wann sie hierinnen ihr Intent erlangt, den Fortgang und Effekt der kölnischen Traktaten leichtlich wiederum eludieren und das Werk in vorige Ungewissheit und Weiterung setzen.“ Maximilian wusste, dass in diesem Falle auch die Schweden, entsprechend dem Wortlaute ihres Vertrags mit Frankreich vom März 1638, nicht verhandeln durften,[79]) und erkannte, dass dann nichts anderes erzielt sei als eine beträchtliche Verschlimmerung der Lage der kaiserlichen Partei; denn von dem Kurfürsten von Trier stand zu befürchten, dass er sich aus Rachsucht nach seiner Restitution aufs neue zu Frankreich schlagen werde. —

Der Kurfürstentag neigt allmählich seinem Ende zu: Am 25. April schloss das Mainzer Direktorium die vor zwei Monaten begonnene Beratung über die Mittel zum Frieden mit dem Auslande.[80]) Und was war in dem Vierteljahre seit Eröffnung der Nürnberger Versammlung erzielt worden? Die innere Einheit war nicht hergestellt, und es bestand auch wenig Aussicht, sie auf dem Kollegialtage überhaupt noch herstellen zu können; denn die Beiziehung von Abordnungen der Kreisfürsten hatte der Kaiser nicht gestattet,[81]) und auf das Zustandekommen der Generalamnestie war nur mehr wenig Hoffnung vorhanden.[82]) Die Möglichkeit eines Separatfriedens mit Schweden war gescheitert an der Weigerung Brandenburgs, pommersches Land ohne Entschädigung abzutreten,[83]) und ob der Kaiser dem Ansuchen des Kollegiums zu Liebe seine Abneigung gegen die Änderung der Pässe für die Verbündeten der Reichsfeinde[84]) bezwingen werde, war ungewiss: Man begreift, dass sich die kurfürstlichen Gesandten schon am 26. April entschlossen, dem Wunsche des Kaisers, dem Drängen der Fürsten und Stände nachzugeben und — freilich zunächst noch nicht in bindender

[79]) Siehe S. 7.
[80]) Siehe S. 12 und 15.
[81]) S. 9.
[82]) S. 11.
[83]) S. 17.
[84]) S. 18.

Weise[85]) — in die schnelle Berufung eines Reichstages zu willigen.[86]) Von diesem hofften sie, er werde im stande sein, die Aufgabe zu bewältigen, an deren Lösung sie mit so geringem Erfolge gearbeitet hatten: Die Anbahnung des äusseren Friedens auf der Grundlage der zurückgewonnenen inneren Eintracht. —

Nun aber trat wenige Tage später Braunschweig-Lüneburg mit dem Verlangen hervor, das Kollegium solle sich bemühen, dass die bevorstehenden Friedensunterhandlungen mit Frankreich und Schweden zur künftigen Reichsversammlung gezogen würden,[87]) „damit die deutschen Fürsten und Stände ihre Notdurft auch dabei finden könnten." Und wirklich waren die kurfürstlichen Vertreter insgesamt nicht abgeneigt, sich der braunschweigischen Forderung anzunehmen in der Erwägung, dass in Köln und Lübeck doch nur ein Präliminarfriede geschlossen werden könne, welcher durch einen allgemeinen Reichstag bestätigt werden müsse.[88]) Mit besonderem Nachdrucke traten von Anfang an für den Gedanken ein die Sachsen, die Brandenburger und die Bayern, jene zwei, weil seine Verwirklichung ihnen die erwünschte Aussicht auf Umgehung der päpstlichen Vermittelung zu eröffnen schien,[89]) diese, weil sie bei reiflicher Überlegung zu erkennen glaubten, dass auf dem von den Braunschweigern bezeichneten Wege leichter zum inneren wie zum äusseren Frieden zu kommen sei. Es ist wohl zu bedenken, schrieben die bayrischen Gesandten nach Hause,[90]) dass das Begehren der Herzöge von Braunschweig und Lüneburg sich deckt mit dem einmütigen Wunsche der Fürsten und Stände Alldeutschlands, und wenn das Kollegium diesem Wunsche nicht Rechnung trägt, dann ist zu besorgen, es werde sich zu der

[85]) Vgl. S. 9.

[86]) Gesandtschaftsbericht vom 27. April. K. schw. 167/10. Vgl. Br. S. 176, 178, 184.

[87]) Br. S. 191 ff.

[88]) Richel an den Hofmarschall Graf Maximilian Kurz. Nürnberg, 4. Mai. K. schw. 323/7a.

[89]) Richel an den Hofmarschall Kurz. Nürnberg, 1. Mai. K. schw. 323/7a.

[90]) Richel an den Hofmarschall Kurz. Nürnberg, 4. Mai. K. schw. 323/7a. Gesandtschaftsberichte vom 8. und 25. Mai, 5., 8. und 19. Juni, 3. Juli. K. schw. 167/10.

„einmütigen, tapferen Zusammensetzung“ der Reichsglieder nicht gelangen lassen, „darauf das ganze Fundament aller consiliorum pacis et belli bestehet.“ Wenn ferner die Kurfürsten samt dem Kaiser die Franzosen und Schweden um Entsendung ihrer Bevollmächtigten zum Reichskonvente ersuchen, so braucht man kaum zu fürchten, dass die auswärtigen Kronen „die Variation des Ortes dahin aufnehmen, samb man diesseits keinen rechten Lust zum Frieden hätte“ und aus diesem Grunde weder nach Regensburg[91]) noch nach Köln und Lübeck Gesandte schicken; vielmehr ist zu erwarten, dass sie die gebotene vorteilhafte Gelegenheit, mit dem Kaiser und sämtlichen Ständen verhandeln zu können, gerne ergreifen und ohne weitere Schwierigkeiten der ergangenen Einladung Folge leisten. Nun aber wird, vorausgesetzt dass man zuerst die Glieder des Reiches mit einander und mit dem Haupte „coaduniert“ hat und alle Deutschen „für einen Mann zusammenstehen“, eine Entschädigung für Brandenburg oder eine anderweitige Rekompens für Schweden sich finden lassen[92]) und auf diese Weise, wo nicht mit beiden Fremdmächten, so doch wenigstens mit der einen ein fester Friede erzielt werden. Was nun die vom Kurfürsten geäusserte Befürchtung betreffe, „es möchten die Protestierenden sich der Gegenwart der Kronen dazu bedienen, um mit ihrer Assistenz alle ihre Religionsgravamina hindurchzudrücken,“ so lasse sich diese Gefahr durch ein von den Mainzern und Kölnern erdachtes Mittel beseitigen, wenn man nämlich vor der Abgabe der katholischen vota im Kollegium von Sachsen und Brandenburg sich versprechen lasse, sie wollten dafür gutstehen, dass in Anwesenheit der Franzosen und Schweden von den Protestanten nichts ins Werk gesetzt werde, „was nicht praecise der fremden Kronen eigene Prätensionen belange.“ Kurfürst Maximilian habe weiterhin der Besorgnis Ausdruck verliehen, dass durch die Berufung der Feinde nach Regensburg seitens der Kurfürsten und des Kaisers der heilige Vater beleidigt werden könnte. Dies wird nicht eintreten, erklärt Richel mit

[91]) Ort des Reichstages.
[92]) cf S. 16.

seinen Genossen, wenn man dem Papste die Vorteile auseinandersetzt, welche die Zuziehung der auswärtigen Mächte zum Reichstage zu bieten scheint, wenn man ihm versichert, dass die päpstliche Vermittelung zwischen den Franzosen und dem römischen Reiche auch in Regensburg gewährleistet sei und ihm bedeutet, dass die Veranstaltung in Köln gleichwohl bestehen bleiben müsse zur Vornahme der Friedenstraktaten zwischen Spanien und Frankreich und als eine Art Reserve für den Fall, dass mit der zuletzt genannten Krone auf dem Reichstage eine Verständigung nicht zu erzielen sei.

Richel befand sich sehr im Irrtum, indem er glaubte, durch diese Vorstellungen seinen Gebieter von der Zweckmässigkeit der geplanten Massregel überzeugt und seine Bedenken zerstreut zu haben. Wenn es notwendig wäre, den Nachweis zu liefern, wie selbständig der Kurfürst von Bayern in politischen Angelegenheiten dachte, so brauchte man sich nur auf den Bescheid zu berufen, womit er die Ausführungen seiner Gesandten beantwortete. Ihr könnt Euch verwahren und mit den Sächsischen und Brandenburgischen vergleichen wie Ihr wollt, schrieb Maximilian,[93]) die Protestanten werden dennoch, sobald die Franzosen und Schweden am Orte sind, „die Occasion und Conjunktur in acht nehmen und, wenn man ihnen in ihren Privatpraetensionibus nicht condescendiert, die publica und das Hauptwerk desto schwerer machen.“ Was vollends den Papst betrifft,[94]) so würde man durch die Berufung der Feinde zum Reichstage sich eben doch „bei ihrer päpstlichen Heiligkeit wie auch bei männiglich den Unglimpf zuziehen, als hätte man die kölnischen und lübeckischen Traktate gleichsam vorsätzlich abgeschnitten.“ Er wolle überhaupt von dem Plane nichts mehr hören, da derselbe von den Braunschweig-Lüneburgern ausgegangen sei, die gerade in diesen Tagen durch ihren Anschluss an die Reichsfeinde[95]) gezeigt hätten, „dass von ihnen alles nur auf Betrug, auch zu ihrem mehreren Vorteil angesehen und

[93]) Befehl vom 13 Juni. K. schw. 167/10
[94]) Befehl vom 27. Juni. K. schw. 167/10.
[95]) Koch S. 208. Br. S. 212.

praktiziert werde.“ Den bayrischen Gesandten solle, um das gute Einvernehmen im Kollegium nicht zu stören, gestattet sein, ihre Stimme für die „Beschreibung“ der Feinde abzugeben, wenn die übrigen vier Kurfürsten das Gleiche thun würden; eine Agitation seiner Vertreter aber im Sinne der braunschweigischen Forderung könne er nicht zugeben.

Da den anderen Deputierten in Nürnberg von ihren Souveränen ähnliche Weisungen zugegangen waren, so schloss der Kollegialtag am 7. Juli,[96]) ohne dass in der fraglichen Sache ein Beschluss vorlag. —

In dieser Weise stellte Bayern auf dem Kollegialtage seine Kräfte in den Dienst der Allgemeinheit, bemühte es sich, den Grund zu dem umfassenden Friedenswerke zu legen, das acht Jahre später vorzüglich durch bayrisches Verdienst[97]) zu stande kam. Den eigenen Vorteil in Nürnberg zu wahren bot sich Gelegenheit seit Anfang April.[98]) Damals nämlich langte beim Mainzer Direktorium ein Schreiben an, worin der König von Dänemark im Namen Englands und des Pfalzgrafen Karl Ludwig die Kurfürsten ersuchte, sie möchten sich beim Kaiser und beim Herzog von Bayern dafür verwenden, dass die pfälzische Sache nicht bei den Universaltraktaten in Köln, sondern durch besondere Verhandlungen erledigt werde.

Maximilian vernahm den dänischen Vorschlag nicht ungerne. Er hatte im verflossenen Sommer dem Entschlusse des Kaisers, die Angelegenheit zum Kölner Kongress zu ziehen, beigestimmt, weil dort dem Papste die Vermittelung zukam, der die Erhaltung Bayerns bei der Kurwürde und der Pfalz mit dem regsten Eifer betrieb, nicht weniger aber deshalb, weil er darauf rechnete, Frankreich werde in Köln für das bayrische Interesse mit demselben Nachdrucke eintreten, womit dies ehedem in Regensburg und Mühlhausen geschehen war.[99]) Doch die Erklärung d'Oysonvilles in Einsiedeln, sein Herr werde bei

[96]) Br. S. 257.
[97]) Doeberl S. 29.
[98]) Br. S. 168 ff.
[99]) cf. 1. Kap. S. 24.

den Friedenstraktaten „das publicum et universale dem privato et particulari voransetzen,“[100]) hatte seine Hoffnung auf den Beistand Richelieus erschüttert, die eben erst empfangene Nachricht, der Pfalzgraf werde in seiner französischen Haft[101]) nicht mehr „als prince palatin, sondern als kurfürstliche Dignität traktiert,“[102]) hatte sie ins Gegenteil verwandelt: Aus Furcht vor der mächtigen Gegnerschaft Frankreichs in der Kurfrage entschloss sich Maximilian, dem Wunsche Dänemarks beizutreten, selbst mit Preisgabe des nicht geringen Vorteils, der für ihn in der päpstlichen Interposition zu Köln begründet war.

Allein die Sonderverhandlungen mussten nach Maximilians Ansicht, wenn anders sie für sein Haus glücklich enden sollten, in Nürnberg noch während des Kollegialtages gepflogen werden. Freilich wird man an diesem Orte dem Dänenkönige die Vermittelung für Karl Ludwig nicht verweigern können, aber für Bayern werden dann die Kurfürsten die Interposition übernehmen, und zwar nicht bloss die katholischen, bei denen die Umtriebe der Pfalzgräfin Witwe Elisabeth nicht gefruchtet haben,[103]) sondern auch Sachsen und Brandenburg, die sich nunmehr,[104]) besonders nach den Erfahrungen der letzten Wochen,[105]) überzeugt haben müssen, dass den Protestanten von bayrischer Seite keine Gefahr drohe.

Und zu alledem kam noch ein Moment persönlicher Natur. Die Eröffnung des Kölner Kongresses konnte sich noch lange verzögern, den wohlbejahrten Kurfürsten aber verlangte sehnlich, jene Lebensfrage für seine Linie in Bälde entschieden, die wichtigste Errungenschaft seiner Regierung vor seinem Ende gesichert zu sehen.

So schrieb denn Maximilian an seine Gesandten nach Nürnberg, er habe sich im Einklange mit ihrem Gutachten[106])

---

[100]) 1. Kap. S. 22 f.

[101]) Koch S. 167.

[102]) Maximilian an den Kardinal Bichi. München, 3. Mai 1640 K. schw. 312/8.

[103]) Elisabeth an Kurmainz. Haag, 17. Januar 1640. K. schw. 167/9.

[104]) cf. Br. S. 9.

[105]) cf. S. 10 und 15.

[106]) Gesandtschaftsbericht aus Neyenmark, 9. April. K. schw. 167/10.

dafür entschieden, dem Antrage des Dänenkönigs stattzugeben, falls die Separattraktaten ebendort noch bei währendem Kollegialtage vorgenommen würden.[107]) Zugleich erlaubte er ihnen, seinen Entschluss den kurfürstlichen Vertretern „ad partem" mitzuteilen. Mit der Abgabe der „Haupterklärung vor dem Collegio" aber mussten sie warten, bis die kaiserliche Zustimmung in München eingetroffen sei. Denn gerade in der pfälzischen Sache schien es dem Kurfürsten unerlässlich, Schulter an Schulter mit dem Oberhaupte des Reiches vorzugehen.

Dass der Herzenswunsch Maximilians, die wichtige Angelegenheit in Nürnberg „beständig verglichen"[108]) oder wenigstens in die Wege geleitet zu sehen,[109]) nicht erfüllt wurde, lag an der Unentschlossenheit des Kaisers, der die Beantwortung des Kollegiums und des Kurfürsten von Bayern von Woche zu Woche, von Monat zu Monat hinausschob. Erst anfangs Juli traf am Hofe Maximilians die Nachricht ein, Ferdinand „habe mit seiner Erklärung darum an sich gehalten, weil er in dem Wahne gestanden, der König in Dänemark wolle sich der Interposition unterfangen und also weiter in das pfälzische Wesen eindringen, als Ihre kaiserliche Majestät geschehen lassen könnten." Nachdem sich aber die Vermutung, als bestehe Dänemark bei Separattraktaten auf der Vermittelung, als Irrtum herausgestellt habe, werde Ferdinand mit nächstem seine Entschliessung nach Nürnberg und München abgehen lassen.[110]) Als diese Mitteilung bei Maximilian anlangte, trafen die kurfürstlichen Räte beim Kollegialtage eben insgesammt ihre Anstalten zur Heimreise. —

Wie entwickelten sich nun aber in der Zeit des Kurfürstentages die Beziehungen zwischen Bayern und Frankreich, die nach jahrelanger Unterbrechung mit der Einsiedler Zusammenkunft[111]) in aller Stille wieder angesponnen worden waren?

[107]) Befehl vom 20. April. K. schw. 167/10.
[108]) Befehl vom 21. April. K. schw. 167/10.
[109]) Hofmarschall Kurz an Richel. München, 4. Mai. K. schw. 323/7 a.
[110]) Befehl vom 4. Juli. K. schw. 167/10.
[111]) cf. 1. Kapitel.

Indem wir darauf antworten, erklären wir zugleich die auffallende Thatsache, dass in den Sitzungen der kurfürstlichen Gesandten zu Nürnberg zwar vom Universalfrieden[112]) und einem separaten Abkommen mit Schweden,[113]) nicht aber von einem Sonderfrieden mit der Krone Frankreich die Rede war.

Maximilian hatte seiner Zeit den Hofratsvizepräsidenten Tanner heimlich nach Einsiedeln geschickt, weil er des Glaubens lebte, Frankreich wünsche durch bayrische Vermittelung seinen Frieden mit Kaiser und Reich zu machen; der Verlauf der Konferenz sowie der Briefwechsel der beiden Gesandten, der sich an sie schloss, hatten ihn über seinen Irrtum aufgeklärt, ihm die Augen über die wahren Absichten Richelieus geöffnet. Dass Dr. Richel gleichwohl sich der Hoffnung hingab, die Frucht der wiederangeknüpften Beziehungen zwischen König Ludwig und dem Kurfürsten von Bayern werde in einem Frieden zwischen den Franzosen und dem Reiche bestehen, war durch den Baron von Oysonville veranlasst worden. Dieser hatte nämlich in Einsiedeln, lediglich um den Eifer Maximilians im Kampfe gegen die Spanier noch heftiger zu entfachen, die Bemerkung fallen lassen, „sein König suche bei dem Kriege sein Interesse nicht, sondern sei“ seines Wissens „erbietig, die eingenommenen Lande gewisser und solcher Gestalt zu restituieren, dass das Haus Oesterreich sich nicht ganz auf Spanien zu steuern[114]) habe;“ der bayrische Vizekanzler aber fand dadurch eine Vermutung bestätigt, die er schon in der Instruktion für die Gesandten zum Kollegialtage ausgesprochen hatte, die Vermutung, dass die Krone Frankreich zum Frieden und zur Herausgabe der eroberten Territorien bereit sein werde gegen das einzige Zugeständnis der Trennung des österreichisch-spanischen Waffenbündnisses.[115])

Wenn nun die Franzosen dahin gebracht werden könnten, dachte Richel, dass sie trotz des Unmutes, der sich angesichts

---

[112]) S. 17.
[113]) S. 15.
[114]) steuern = stützen. Sanders, Deutsches Wörterbuch II, 1213.
[115]) cf. S. 7 f.

der unerschütterlichen reichs- und kaisertreuen Gesinnung des Kurfürsten bei ihnen eingestellt hat, die in Einsiedeln geplante zweite Konferenz dennoch vor sich gehen lassen, und Tanner bei der neuen Zusammenkunft in d'Oysonville dringt, er solle sich erklären, unter welcher Voraussetzung sein Herr Frieden schliessen und die besetzten Gebiete wiedererstatten wolle, „so möchte endlich soviel herauskommen," dass der Gesandte erklärt, Frankreich sei dazu bereit, „wenn nur das Reich in die Kriege und Händel, welche die Krone Spanien mit anderen hat, sich nicht einmischen noch dem Kaiser solches gestatten und zugeben würde." [116]) Mit dieser Eröffnung wird man auf dem Kollegialtage hervortreten, und der Kaiser wird, gedrängt von den gesamten Fürsten und Ständen, die französische Forderung bewilligen müssen. Dann ist der habsburgische Besitz am Rheine gerettet, das Reich von dem schädlichen und verhassten Einflusse der Spanier befreit und Bayern im besonderen nicht nur seines erbittertsten Gegners in der Kurfrage ledig, sondern sogar zu der Hoffnung berechtigt, Richelieu werde sich für die Vermittelung dankbar erweisen und beim Friedensschlusse für das bayrische Interesse eintreten.

Der bedeutende Gewinn, welchen sich Richel von einer neuen Zusammenkunft Tanners mit d'Oysonville versprach, rief in dem Kurfürsten das lebhafte Verlangen nach einer zweiten Konferenz hervor, und dieses Verlangen wuchs um so mehr, als er sich bald in die angenehme Lage versetzt sah, den Franzosen im geheimen Einverständnis mit seinen Kollegen und dem Kaiser gegenübertreten zu können.

Maximilian hatte schon im Januar, als nach der Rückkehr Tanners aus Einsiedeln dunkle Gerüchte in Innsbruck [117]), Wien und Nürnberg von bayrisch-französischen Verhandlungen zu

[116]) Richel an Maximilian. Nürnberg, 16. März. K. schw. 323/7 a.

[117]) Das Geheimnis der Einsiedler Konferenz wurde vom Kammerdiener Tanners an die Erzherzogin von Tyrol verraten, welche die Meldung nach Wien weitergab. Die Gerüchte im Elsass, in Nürnberg und Dresden sind vermutlich auf einen Oberst Greder zurückzuführen, der sich im Januar in Einsiedeln aufhielt. Beilage zum Briefe d'Oysonvilles an Tanner vom 15. Mai 1640. K. schw. 323/7 a.

melden wussten, an Richel geschrieben, er halte es für angezeigt, wenigstens den Kaiser noch nachträglich ins Geheimnis zu ziehen,[118]) und nur die Gegenvorstellungen seines erfahrenen Ratgebers hatten es dahin gebracht, dass er dem Reichsvizekanzler, welcher im Februar in München verweilte, auf seine Anfrage hin erklärte, Bayern habe seit dem Jahre 1632 mit den Franzosen nichts mehr zu schaffen gehabt.[119]) Während man sich nun aber in Wien mit dieser Auskunft zufrieden gab, gelang es dem bayrischen Kanzler keineswegs, auch in Nürnberg das Gerücht durch Ableugnen aus der Welt zu schaffen. Es gewann im Gegenteil durch einlaufende Bestätigungen[120]) weiteren Boden und erweckte bei den kurfürstlichen Vertretern Argwohn gegen die Bayern: Im Februar weigerten sich die Mainzer hauptsächlich im Hinblick auf jenes Gerücht, dem Wunsche Maximilians zu entsprechen und Abordnungen der Kreisfürsten zum Kollegialtage zu berufen,[121]) im März aber hatte das Misstrauen der Gesandten gegen Kurbayern einen solchen Grad erreicht, dass Richel an seinen Herrn schrieb,[122]) das Geheimnis lasse sich nicht mehr länger wahren, da die Kunde mit immer grösserer Bestimmtheit auftrete und alle bayrischen „consilia et actiones" verdächtig zu machen drohe.

Maximilian schickte alsbald den Befehl nach Nürnberg, den Abgeordneten unter dem Siegel der Verschwiegenheit zu eröffnen, dass er „in der lauteren Absicht, die Mittel zum Frieden zu erkunden," der Einladung König Ludwigs zu einer vertraulichen Besprechung gefolgt sei, dass man aber mangels genügender Instruktionen kein Ergebnis erzielt habe und nun bei einer zweiten Zusammenkunft seinen Zweck zu erreichen hoffe.[123])

---

[118]) 1. Kap. S. 25.

[119]) Br. S. 161.

[120]) cf. Anm. 117.

[121]) S. 8.

[122]) Am 20. März. Die von Koch angegebenen Daten sind, wie schon hier bemerkt sei, unrichtig.

[123]) Befehl vom 24. März. Dass die Mitteilung an die Gesandten erfolgt sei, meldet Richel am 13. April. K. schw. 323/7 a.

Eine ähnliche Erklärung liess er mit der Bitte um Geheimhaltung nach Wien abgehen.[124])

Die Gesandten beim Kollegialtage und ihre Gebieter nahmen die bayrische Eröffnung mit Genugthuung auf und liessen Maximilian ersuchen, die in Aussicht stehende zweite Konferenz ja nicht unbeschickt zu lassen.[125]) Nur möge man mit eigenen Propositionen vorsichtig zu Werke gehen, da die Wünsche Frankreichs vermutlich auf Land und Leute vom Hause Oesterreich gerichtet seien und niemand wisse, zu welchen Zugeständnissen der Kaiser bereit sei.[126])

Auch Ferdinand machte zu dem späten Bekenntnisse gute Miene. Eine zweite Konferenz sei ihm lieb, liess er nach München schreiben,[127]) wenn der französische Agent dabei die Friedensvorschläge mache. Denn es sei für die Krone Frankreich leichter, „jemanden mit der Restitution desjenigen zu beauftragen, so dem römischen Reiche mit unrechter Gewalt abgenommen worden, als für ihn, den Kurfürsten zur Dismembrierung des deutschen Vaterlandes zu vollmächtigen.“ Nur für den äussersten Fall, dass der Vertreter König Ludwigs zu einer Erklärung nicht zu bewegen sei „und das Werk sich ehund zerschlagen würde, als dass der französische Abgeordnete zur Proposition sich induzieren lasse,“ nur in diesem Falle dürfe Tanner mit den kaiserlichen Friedensbedingungen hervortreten. Auf der Zurückgabe von Verdun, Metz und Toul solle schliesslich im gegenwärtigen Augenblicke noch nicht beharrt werden, von nachstehenden Forderungen aber könne der Kaiser nicht abgehen: Einhaltung des Friedens vom Jahre 1630, Restitution aller dem römischen Reiche im letzten Kriege entzogenen

[124]) Hofmarschall Kurz an seinen Bruder, den Reichsvizekanzler. München, 25. März. K. schw. 168/13. Dem Berichte lag ein kurfürstliches Handschreiben an Kaiser Ferdinand bei, datiert München, 26. März. K. schw. 323/7a.

[125]) Richel an Maximilian. Nürnberg, 13. April. K. schw. 323/7a.

[126]) Richel an den Hofmarschall Kurz. Nürnberg, 18. April. K. schw. 323/7a.

[127]) Der Reichsvizekanzler Kurz an seinen Bruder, den bayrischen Hofmarschall. Wien, 8. April. K. schw. 323/7a.

Territorien, Bezahlung einer ergiebigen Entschädigungssumme und Anerkennung der päpstlichen Friedensgarantie.[128])

Nunmehr arbeitete Richel mit Benützung der Eröffnungen des Kaisers und der Ratschläge der Kurfürsten eine neue Instruktion für Tanner aus,[129]) die zwar im allgemeinen die Anweisungen wiederholt, welche dem Hofratsvizepräsidenten vor seiner Einsiedler Reise übergeben worden waren, die aber doch insofern Beachtung verdient, als wir Richel jetzt selbst der Ansicht zuneigen sehen, der Friede werde von Frankreich nicht ohne einige Gebietsabtretungen zu erkaufen sein. An einer Stelle heisst es nämlich, Tanner solle sich der kaiserlichen Information im Punkte der Rückerstattung nicht anders als mit der grössten Diskretion bedienen, damit König Ludwig nicht durch die Suspizion offendiert werde, als wolle man ihm im Reiche omnimodam restitutionem zumuten.

So fehlte denn auf bayrischer Seite nur noch der eine, freilich wichtigste Punkt, dass die Franzosen sich zur Entsendung eines Bevollmächtigten bereit erklärten. Aber diese Erklärung blieb beharrlich aus, obwohl Tanner dem Baron von Oysonville die verlockende Mitteilung zugehen liess,[130]) er sei jetzt im Besitze „einer vollkommenen und solchen Instruktion, wie sein König sie als ein Verständiger nur begehren könne." Kardinal Richelieu hatte eben erkannt, dass die Zeit, da der Kurfürst von seinem Kaiser sich trennen würde, noch nicht erschienen sei, dass Maximilian jetzt so wenig wie vor Monaten sich bereit erklären werde, für die Krone Frankreich den zehnjährigen Waffenstillstand durchzusetzen, dessen sie bedurfte, um sich in den besetzten deutschen Gebieten unvertreibbar einzuwurzeln. —

Wenden wir nun, nachdem die bayrische Friedens- und Hauspolitik während des Kollegialtages von Nürnberg betrachtet ist, unser Augenmerk auf die Regensburger Reichsversammlung, welche in fast allen Fragen von Wichtigkeit das Erbe des Kurfürstentages antrat! —

---

[128]) Vgl. damit Br. S. 158 Anm.

[129]) Memorial und Propositionen pro Herrn Tanner. Mai 1640. K. schw. 323/7 a.

[130]) Tanner an d'Oysonville. München, 30. Mai. K. schw. 323/7 a.

Der Verfasser ist am 19. Mai 1872 in Augsburg als Sohn der Kaufmannseheleute David und Babette Rast geboren und protestantischer Konfession. Er besuchte das St. Annagymnasium in Augsburg und studierte dann auf den Universitäten München und Leipzig Philologie und Geschichte. In den Jahren 1897 und 1898 bestand er die Prüfungen aus den philologisch-historischen Fächern, praktizierte 1898/99 am Alten Gymnasium in Regensburg und wurde im Oktober 1899 Gymnasialassistent in Ansbach.